

PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

COUNTRY East Germany

REPORT

25X1

SUBJECT Bulletin of the East German Ministry
of Coal and Power, Dated 15 October
1956

DATE DISTR.

April 10, 1957

NO. PAGES

1

REQUIREMENT NO.

RD

REFERENCES

25X1

DATE OF INFO.

25X1

PLACE & DATE ACQ.

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

the 15 October 1956 issue of the
Ministry of Coal and Power bulletin entitled Verfuegungen und Mitteilungen
des Ministeriums fuer Kohle und Energie

25X1

25X1

25X1

EXPLOITED BY

CONFIDENTIAL

STATE	X ARMY	X NAVY	X AIR	X FBI	AEC				
-------	--------	--------	-------	-------	-----	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Kohle und Energie

V. u. M.

Berlin, den 15. Oktober 1956

Heft Nr. 4

INHALT

	Seite	Seite	
I. Bekanntmachungen			
1. Verfügung Nr. 27/56 vom 25. Juli 1956 über Maßnahmen zur Herstellung von Fertigungsmustern	48	1956 über die Genehmigung zur Errichtung oder erheblichen Veränderung von Energieanlagen und sonstigen Bauten	58
2. Verfügung Nr. 32/56 vom 17. August 1956 über das Verfahren bei der Annahme von Auslandsaufträgen auf geologische Hilfeleistung und bei der Entsendung von Geologen, Geophysikern, Mineralogen und ähnlichen Fachkräften in das Ausland	49	18. Einführung der Regeln der technischen Betriebsführung für Kraftwerke und Netze in den Betrieben des Ministeriums für Kohle und Energie	59
3. Verfügung Nr. 32 a/56 vom 24. August 1956 über die Einführung des Wirtschaftszweiglohngruppenkataloges in den Betrieben der Hauptverwaltung Braunkohle	50	19. Prüfung wärmetechnischer und elektrischer Meßgeräte.....	59
4. Verfügung Nr. 33/56 vom 25. August 1956 über die Gewährung von Sonderprämien bei der Durchführung einiger Bauvorhaben von besonderer Bedeutung (nebst Erläuterung)	50		
5. Verfügung Nr. 34/56 über die vorläufige Verbindlichkeit des Lieferkataloges für Schrauben — Einschränkungsliste und Auswahlreihen für Schrauben — des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau, Hauptverwaltung Normteile	51		
II. Organisation			
6. Änderung der Betriebsliste	52	20. Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen dem VEB Kohleanlagen und den Braunkohlenwerken	60
7. Berufungen und Abberufungen	52	21. Verlängerung der Einspruchsfrist bei Steinkohlenlieferungen	60
8. Erläuterung zur Anweisung vom 15. Juli 1956 über das Mitführen von Akten und sonstigen Unterlagen (VuM S. 34)	53	22. Anträge auf Verpflichtung zur Abnahme und Bezahlung sowie zur Lieferung	60
9. Regelung von Betriebsbesuchen	53	23. Einige Fragen der Anwendung des Vertragsystems	61
10. Nomenklatur für Verschlußsachen	53	24. Vertragsstrafe wegen Verzuges neben Vertragsstrafe wegen Qualitätsmängel	61
11. Bildung eines Kontrollstabes „Neue Technik“ für die Kohlenindustrie	54	25. Sonderregelung über die Zuständigkeit bei Verfahren vor dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik	61
12. Arbeitsanweisung für den Kontrollstab „Neue Technik“, Bereich Kohle	54	26. Behandlung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung	62
13. Anweisung über die Durchführung des Genehmigungsverfahrens für Berichterstattungen	55		
14. Ungültige Dienstausweise	56		
III. Finanzen			
15. Richtlinie über die Berechnung der Zuführungen zum Direktorfonds 1956	56	27. Dokumentation auf dem Gebiete des Patent-, Muster- und Zeichenschutzes	62
16. Preisrecht des Güternahverkehrs mit Kraftfahrzeugen	58	28. Warenzeichenblatt des Berner Büros (Les Marques Internationales)	62
IV. Technik			
17. Durchführung des Genehmigungsverfahrens für Elektroenergie- und Wärmeanlagen nach der Anordnung vom 29. Mai			
VIII. Archivwesen			
30. Muster-Betriebsarchivordnung	64		
31. Vorläufige Benutzungsordnung für Betriebsarchive	65		
IX. Sonstiges			
32. Ferienaufenthalte im In- und Ausland	66		
33. Buchempfehlung	66		
34. Anschriftenänderung	66		

I. Bekanntmachungen

1. Verfügung Nr. 27/56 über Maßnahmen zur Herstellung von Fertigungsmustern

Vom 25. Juli 1956

Die Auswirkung der Entwicklung moderner Technik hängt nicht allein von dem Grad der technischen Vollkommenheit neuer Maschinen und Verfahren ab. Der Erfolg dieser Entwicklung wird vielmehr durch das Tempo der Überleitung der neuen Aggregate und Fertigungsvorverfahren in die Produktion maßgeblich beeinflusst. Gegenwärtig wird die Einführung abgeschlossener Entwicklungen in die Produktion durch Unter- schätzung der Bedeutung des Funktions- und Fertigungsmusterbaues vielfach noch gehemmt. Diese Unter- schätzung tritt in einer Reihe von Mängeln in den Betrieben in Erscheinung. Dabei handelt es sich haupt- sächlich um

die ungenügende Festlegung und Sicherung der Perspektive des Betriebes durch den Werkleiter infolge Vernachlässigung der qualitäts- und termin- gerechten Erfüllung des Planes für den Musterbau, die Erschwerung der Fertigung des Musterbaus durch konstruktive und technologische Schwächen der ausgeführten Entwurfsarbeiten, die unzureichende Organisation von Musterbau- betrieben bzw. Musterbauabteilungen für Erzeugnisse, die vorwiegend in Serienproduktion hergestellt werden, die Unweglichkeit in der Technologie bei der Überbrückung gelegentlich auftretender Produk- tionschwierigkeiten.

Zur Verbesserung der Fertigung des Musterbaus und zur Sicherung der raschen Überleitung erfolgreich abgeschlossener Entwicklungen in die Produktion wird auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Minister- rates vom 24. November 1955 und nach den Ziffern 2 und 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

(1) Funktionsmuster sind laboratoriums- und versuchs- mäßige Ausführungen von Aggregaten zur Erprobung von Gesamt- oder Teillösungen. Sie sind im Rahmen der technischen Entwürfe nach Bedarf anzufertigen.

(2) Fertigungsmuster entsprechen in Form, Aufbau und Funktion den künftigen Serienerzeugnissen. Sie sind in Einzelanfertigung und nach Möglichkeit ohne Spezialvorrichtungen herzustellen. Sie sollen nachweisen, daß mit der durchgeföhrten Entwicklung die in den technisch-wissenschaftlichen Forderungen festgeleiteten Bedingungen erfüllt sind und die Erzeugnisse dem neuesten Stand der Technik entsprechen.

II.

(1) Für die Herstellung und den Bau von Funktions- und Fertigungsmustern ist eine einheitliche Kennzeichnung, z. B. NT (Neue Technik) einzuführen. Diese Kennzeichnung ist auf Bestellungen, fertigungstechnischen Unterlagen und sonstigen Belegen stets anzugeben.

(2) Die mit den Kennzeichen versehenen Aufträge sind vorrangig zu bearbeiten. Die für Musterbauten vereinbarten Termine dürfen zugunsten anderer Aufträge nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des zuständigen Ministers geändert werden.

III.

(1) Der Bau von Fertigungsmustern ist unter strikter Einhaltung des im Plan festgelegten Termins durchzuführen. Für die Einhaltung der Fristen sind die Werkleiter verantwortlich. Wichtige Fertigungsmuster dürfen erst nach Begutachtung der Konstruktionsunterlagen durch die hierfür in Betracht kommende Arbeitsgruppe des Zentralen Arbeitskreises Forschung und Technik des zuständigen Ministeriums hergestellt werden. Die Minister haben die Nomenklatur für diese Fertigungsmuster festzulegen.

(2) Die Fertigung der Einzelteile und der Bau des Fertigungsmusters sollen möglichst in demjenigen Betrieb durchgeführt werden, in dessen betriebsgebundenem Entwicklungs- und Konstruktionsbüro (BEK) die Entwicklung und Konstruktion fertiggestellt wurden. Unabhängig davon, ob die Fertigung im eigenen oder in einem anderen Betrieb erfolgt, hat das beteiligte Konstruktionsbüro dem ausführenden Betrieb bei der Herstellung des Fertigungsmusters jede gebotene Unter- stützung zu gewähren.

(3) Zur Beschleunigung der Arbeiten sind Einzelteil- zeichnungen möglichst in Skizzenform auszuführen. An- stelle von Gußkonstruktionen ist vorwiegend Schweiß- ausführung vorzusehen.

(4) Der erforderliche Vertrag ist möglichst bereits nach Fertigstellung der Konstruktions- und Modellzeichnungen zu schließen. Mit dem Vertragsabschluß soll demnach nicht gewartet werden, bis sämtliche Einzel- teilzeichnungen vorliegen. Preisberechnungen für den Bau von Fertigungsmustern und großtechnischen Ver- suchsanlagen haben nach den hierfür geltenden Preis- vorschriften zu erfolgen.

IV.

(1) Die Übernahme eines neu entwickelten Erzeugnisses oder Verfahrens in die laufende Produktion setzt eine eingehende Erprobung des Fertigungsmusters bzw. der Nullserie voraus. Die Erprobungsfrist ist von Fall zu Fall festzulegen.

(2) Die Erprobung der Fertigungsmuster ist, dem Er- zeugnis angepaßt, in drei Stufen durchzuführen:

a) Die betriebliche Untersuchung und Erprobung hat möglichst im Fertigungsbetrieb unter Anleitung des BEK zu erfolgen, wobei die zentrale Entwicklungs- stelle oder das betreffende Institut hinzuzuziehen ist. Hierbei sind die durch die Konstruktion fest- gelegten Bedingungen zu untersuchen und die Funktionserprobung durchzuführen.

b) Statistische und dynamische Untersuchungen sowie Leistungserprobungen sind exakt durchzuführen und zu protokollieren. Die Protokolle sind von dem Leiter der Entwicklungsstelle aufzubewahren. Die wissenschaftliche Erprobung soll eine wissenschaftliche Institution vornehmen.

c) Ist eine Dauererprobung erforderlich, so hat diese in der Regel industriellemäßig zu erfolgen; energie- erzeugende Maschinen sollen z. B. auf Prüfständen und Produktionsmaschinen im Verbraucherbetrieb erprobt werden. Die Anleitung und Auswertung obliegt dem beteiligten Entwicklungsbüro.

(3) Während der Erprobung dürfen Fertigungsmuster nicht als Bestandteil der Produktionskapazität des Be- triebes behandelt und geplant werden.

(4) Dem Konstrukteur ist jederzeit Gelegenheit zu geben, Untersuchungen und Messungen, die der Fertig- oder Weiterentwicklung des Erzeugnisses dienen, vorzunehmen. Die Dauererprobung ist, zeitlich begrenzt, vertraglich festzulegen.

V.

(1) Das Fertigungsmuster ist durch eine Kommission abzunehmen, der je ein Vertreter des zuständigen Fachministeriums,

des Institutes oder der zentralen Entwicklungsstelle, der betrieblichen Entwicklungsstelle, der technischen Überwachungsstelle (soweit die Abnahmepflicht bereits gesetzlich geregelt ist), des Zentralen Arbeitskreises für Forschung und Technik des Ministeriums, der Verbraucher, der Arbeitsschutzzinspektion, angehören sollen.

(2) Der Abnahme sind die Gutachten bzw. Protokolle über

die technisch-wissenschaftlichen Forderungen, die Abnahme des technischen Entwurfes, die Abnahme der Konstruktionsunterlagen, die betriebliche, die wissenschaftliche und die Dauererprobung des Fertigungsmusters, die Kostengestaltung,

die Absatzmöglichkeiten und die zu erwartende Rentabilität zugrunde zu legen.

(3) Entsprechend den bei der Abnahme festgelegten Änderungen hat das beteiligte Konstruktionsbüro die Konstruktionsunterlagen fertigungsreif zu überarbeiten. Die Frist für die Überarbeitung ist bei der Abnahmeschlußbesprechung im Einvernehmen mit dem Werkleiter zu bestimmen.

(4) In dem Abnahmeprotokoll hat die Kommission Vorschläge für die Auswertung der Entwicklung und hinsichtlich des Zeitpunktes der Produktionsaufnahme sowie über den Produktionsumfang zu machen. Das Abnahmeprotokoll ist dem Leiter der zuständigen Hauptverwaltung zur Bestätigung vorzulegen.

VI.

(1) Der Bau von Fertigungsmustern ist in den Warenproduktionsplan des Betriebes aufzunehmen und bei der Planerfüllung auszuweisen. Bei der Anerkennung der Erfüllung des Produktionsplanes ist die Erfüllung der Musterbauten für Entwicklungsaufgaben zu berücksichtigen.

(2) Planänderungen von D-Themen und solchen Themen, die im Plan der Neuen Technik aufgeführt sind, dürfen nur mit Zustimmung des Ministers vorgenommen werden. Bei Fortsetzungsthemen des Forschungs- und Entwicklungsplanes können Material oder Fremderzeugnisse für das kommende Planjahr bereits vor der Planbestätigung bestellt werden.

(3) Die Finanzierung hat sich nach den Vorschriften der Anordnung vom 4. Oktober 1955 über die Finanzierung der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, der Einführung neuer Erzeugnisse in die Produktion, der Standardisierungsarbeiten, der Aufgaben der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit sowie den betrieblichen Weiterentwicklung von Erzeugnissen und Typenreihen (GBl. I, S. 669) zu richten. Für Großobjekte ist nur die Finanzierung des Anteils derjenigen Elemente oder Teillagaggregate aus dem Zentralen Fonds für Forschung und Technik zulässig, der eine technische Neuheit darstellt (z. B. der hydraulische Teil an dem bisher mechanisch gesteuerten Aggregat). Die mit dem Einbau einer solchen technischen Neuheit verbundenen Umkonstruktionen am Gesamtobjekt gelten als normale Weiterentwicklungen.

VII.

Dem am Fertigungsmusterbau beteiligten Personenkreis ist das Recht einzuräumen, für sich (einzel oder im Kollektiv) die Eröffnung von Ingenieurkonten bei dem Büro für Erfindungswesen des Musterbetriebes zu beantragen. Bedingungen für die Zielsetzung bei der Einrichtung solcher Ingenieurkonten sind

- Überwindung von Schwierigkeiten bei dem Bau von Fertigungsmustern durch Entfaltung einer besonderen sachdienlichen Initiative,
- vorfristige oder wirtschaftlichere Erfüllung eines konkreten Auftrages zur Herstellung von Fertigungsmustern

gemäß § 2, Buchst. c und d der Vierten Durchführungsbestimmung vom 13. August 1954 zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft (GBl. S. 738), deren Vorschriften auch hinsichtlich der Einrichtung, Bearbeitung und Vergütung derartiger Ingenieurkonten genau zu beachten sind.

VIII.

(1) Die Ausstellung nicht ausgereifter und noch nicht erprobter Fertigungsmuster wie auch solcher Fertigungsmuster, für die es noch keine gesicherte Produktionsbasis gibt, ist nicht zulässig.

(2) Bei der öffentlichen Vorführung von Fertigungsmustern ist ferner darauf zu achten, daß bei Vorlage der erforderlichen Voraussetzungen der gebotene Patent- bzw. Gebrauchsmusterschutz in den in Betracht kommenden Ländern rechtzeitig beantragt ist.

IX.

Die in den Ziffern I bis VIII getroffenen Festlegungen gelten auch für den Bau von Fertigungsmustern, welche

nicht aus Mitteln des Zentralen Fonds für Forschung und Technik finanziert werden. Darunter fallen hauptsächlich die in der Ordnung der Planung zum Volkswirtschaftsplan 1957 gekennzeichneten

Rekonstruktionsarbeiten, denen keine wesentlich neuen Gedankengänge zugrunde liegen.

Arbeiten zur Weiterentwicklung der laufenden Produktion,

Entwicklungen von Typenreihen aus einem vorhandenen Grundtyp, sofern hierfür der Bau eines Fertigungsmusters notwendig ist.

X.

Die Minister haben bisher von ihnen erlassene Regeln für den Bau von Fertigungsmustern, soweit sie dieser Verfügung entgegenstehen, mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Berlin, den 25. Juli 1956

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

2. Verfügung Nr. 32/56 über das Verfahren bei der Annahme von Auslandsaufträgen auf geologische Hilfeleistung und bei der Entsiedlung von Geologen, Geophysikern, Mineralogen und ähnlichen Fachkräften in das Ausland

Vom 17. August 1956

Sowohl von den Ländern des sozialistischen Lagers wie auch von anderen Staaten, die eine wirtschaftliche Neuordnung vornehmen, wird in zunehmendem Maße die Unterstützung, Beratung oder unmittelbare Mitwirkung bei geologischen Arbeiten durch erfahrene Fachkräfte der Deutschen Demokratischen Republik erbettet. Um diesen Anforderungen in sachdienlicher Weise gerecht zu werden, ohne dabei die Lösung der eigenen Aufgaben zu gefährden, ist es notwendig, die Übernahme entsprechender Verpflichtungen und die Entsiedlung von Geologen oder ähnlichen Spezialisten in das Ausland einheitlich zu regeln. Zu diesem Zweck wird für den mir unterstellten Bereich der staatlichen Verwaltung auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerates vom 24. November 1955 und gemäß Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

Betriebe, Institute, Projektierungsbüros oder andere Einrichtungen, denen im Zusammenhang mit Exportaufträgen oder auch gesondert Anfragen und Aufträge wegen Beratung, Hilfeleistung oder sonstiger Mitwirkung bei der Lösung geologischer Fragen im Ausland zugehen, dürfen daraus sich für sie ergebende Verpflichtungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des ihnen übergeordneten Ministers oder seines zuständigen Stellvertreters übernehmen.

II.

(1) Die Minister sind verpflichtet, ihnen gemäß Ziffer I zugegangene Anfragen und Aufträge mit ihrer Stellungnahme über Möglichkeit, Art und Umfang der Durchführung unverzüglich dem Leiter der Staatlichen Geologischen Kommission zwecks Prüfung der Realisierbarkeit im Gesamtrahmen der geplanten Aufgaben zur Kenntnis zu bringen.

(2) Der Leiter der Staatlichen Geologischen Kommission hat auch solche Anfragen und Wünsche des Auslandes zu prüfen, die ihm von dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutsche Handel oder in dessen Auftrag von einem Außenhandelsunternehmen der DDR zugehen, und an deren Bearbeitung keine Institution eines Fachministeriums beteiligt ist.

(3) Zur Erzielung eines einwandfreien Prüfungsergebnisses hat der Leiter der Staatlichen Geologischen Kommission je nach Lage des Falles auch andere Organe und Einrichtungen zu hören, deren Auffassung für die Beurteilung von Bedeutung ist.

III.

(1) Der Leiter der Staatlichen Geologischen Kommission hat die von ihm geprüften Unterlagen mit seiner Stellungnahme mir kurzfristig zur Entscheidung vorzulegen. In der Stellungnahme muß gegebenenfalls auch zum Ausdruck kommen, aus welchen Gründen das Prüfungsergebnis von dem Standpunkt des beteiligten Ministers abweicht.

(2) Die Fachminister sind an meine ihnen bekanntgegebene Entscheidung gebunden.

IV.

Aufträge auf geologische Hilfeleistung, die im Rahmen der internationalen technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit durchzuführen sind, bleiben von den in den Ziffern I bis III getroffenen Festlegungen unberührt. Die Minister sind jedoch verpflichtet, den Leiter der Staatlichen Geologischen Kommission über Inhalt und Umfang solcher Aufträge und über die Art ihrer Durchführung zu unterrichten. Dies gilt auch für die gegenwärtig bereits in Angriff genommenen Arbeiten.

V.

Für die vertragliche Regelung der Finanzierung geologischer und ähnlicher Hilfeleistungen ist das zuständige Außenhandelsunternehmen verantwortlich.

VI.

Der Leiter der Staatlichen Geologischen Kommission ist berechtigt und verpflichtet, die Ergebnisse geologischer Forschungsarbeiten, die durch Ausführung entsprechender Auslandsaufträge entstanden sind, zentral zu erfassen und mit dem Ziel auszuwerten, geeignete Grundlagen für die bestmögliche Ausführung weiterer derartiger Aufträge zu schaffen.

Berlin, den 17. August 1956

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

3. Verfügung Nr. 32a/56 über die Einführung des Wirtschaftszweiglohngruppenkataloges in den Betrieben der Hauptverwaltung Braunkohle

Vom 24. August 1956

Gemäß Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr sowie auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 wird folgendes bestimmt:

I.

Der Minister für Kohle und Energie wird ermächtigt und verpflichtet, den Wirtschaftszweiglohngruppenkatalog für die Braunkohlenindustrie in den Betrieben der Hauptverwaltung Braunkohle mit Wirkung vom 1. September einzuführen.

II.

Soweit die Einführung des Wirtschaftszweiglohngruppenkataloges Braunkohle für einzelne Beschäftigte die Einstufung in eine niedrigere Lohngruppe zur Folge hat, sind in diesen Fällen die bisherigen Löhne personengebunden weiterzuzahlen.

Berlin, den 24. August 1956

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

4. Verfügung Nr. 33/56 über die Gewährung von Sonderprämien bei der Durchführung einiger Bauvorhaben von besonderer Bedeutung

Vom 25. August 1956

Im Rahmen der Maßnahmen zur Sicherung der Durchführung einiger Bauvorhaben von besonderer Bedeutung wird im Einvernehmen mit dem Minister für

Arbeit und Berufsausbildung und mit dem Minister der Finanzen sowie in Übereinstimmung mit dem Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Holz auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 und nach Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

(1) Bauvorhaben im Sinne dieser Verfügung sind die Objekte Schwarze Pumpe, Wohnstadt Hoyerswerda, Aufbauleitung Hoyerswerda, Kraftwerk Trattendorf, Kraftwerk Hirschfelde, Kraftwerk Berzdorf und die Baustelle Großkokerei Lauchhammer.

(2) Als Berechtigte im Sinne dieser Verfügung gelten nur die Beschäftigten der bauausführenden volkseigenen Betriebe, die unmittelbar auf den in Absatz 1 genannten Baustellen tätig sind, sowie die Mitarbeiter der Aufbauleitung Hoyerswerda und der Betriebsleitung des VEB Bau-Union Hoyerswerda.

II.

Die nach Ziffer I, Absatz 2, Berechtigten — Produktionsarbeiter und Mitarbeiter, die nach den J-, T-, M- und K-Gruppen bezahlt werden — erhalten zu ihrem Lohn bzw. Gehalt eine monatliche Sonderprämie und eine Jahrestreueprämie.

III.

(1) Die monatliche Sonderprämie beträgt 15 % des monatlichen Bruttoverdienstes. Sie darf den Betrag von 75,— DM brutto nicht übersteigen.

(2) Berechnungsgrundlage für die monatliche Sonderprämie ist der in dem betreffenden Kalendermonat erzielte Arbeitsverdienst. Überstundenlöhne und -zuschläge, Bereitschaftsgeld und nach anderen Bestimmungen gewährte Prämien bleiben hierbei außer Betracht.

(3) Die monatliche Sonderprämie wird mit 5 % versteuert. In die Berechnung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung wird sie nicht einbezogen.

(4) Bei der Berechnung der Urlaubsvergütung und des im Krankheitsfall zu zahlenden Lohnausgleiches wird die monatliche Sonderprämie dem Durchschnittsverdienst nicht hinzugerechnet.

(5) Die monatliche Sonderprämie entfällt, wenn der Prämienberechtigte an einem oder an mehreren Arbeitstagen in dem betreffenden Kalendermonat der Arbeit unentschuldigt ferngeblieben ist. Die Feststellung, ob es sich um unentschuldigtes Fernbleiben handelt, trifft bei Meinungsverschiedenheiten die zuständige Betriebsgewerkschaftsleitung.

(6) Die monatliche Sonderprämie entfällt auch, wenn der Berechtigte vor Ablauf des Monats aus eigenem Entschluß aus seiner Tätigkeit auf der Baustelle ausscheidet.

(7) Die monatliche Sonderprämie steht dem Berechtigten auch dann zu, wenn er im Laufe des Monats an eine andere der in Ziffer I genannten Baustellen versetzt wird.

(8) Wird der Berechtigte wegen Einschränkung der Tätigkeit durch Entscheidung der Betriebsleitung auf eine andere Arbeitsstelle außerhalb der in Ziffer I genannten Baustellen versetzt, ist ihm die monatliche Sonderprämie anteilig für den laufenden Monat zu zahlen.

(9) Produktionsarbeiter erhalten die monatliche Sonderprämie bei der Endabrechnung des Monatslohnes, die anderen Berechtigten mit dem Gehalt des folgenden Monats ausgezahlt.

IV.

(1) Die Jahrestreueprämie erhält, wer vom 1. Januar bis zum 10. Dezember des gleichen Jahres auf den in Ziffer I genannten Baustellen gearbeitet hat, ohne an einem oder mehreren Arbeitstagen dieses Jahres unentschuldigt der Arbeit ferngeblieben zu sein. Die Feststellung, ob es sich um unentschuldigtes Fernbleiben handelt, trifft bei Meinungsverschiedenheiten die zuständige Betriebsgewerkschaftsleitung.

- (2) Die Jahrestreueprämie beträgt:
- a) nach einer Tätigkeit von einem Jahr 200,— DM
 - b) nach einer Tätigkeit von zwei Jahren 250,— DM
 - c) nach dreijähriger oder längerer Tätigkeit 300,— DM
- (3) Die Jahrestreueprämie wird mit 5 % versteuert. In die Berechnung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung wird sie nicht einbezogen.
- (4) Die Jahrestreueprämie ist noch im Monat Dezember des gleichen Jahres zu zahlen.
- (5) Die Jahrestreueprämie steht dem Berechtigten auch dann zu, wenn er im Laufe des Jahres an eine andere der in Ziffer I genannten Baustellen versetzt wurde.
- (6) Wird der Berechtigte wegen Einschränkung der Bau-tätigkeit durch Entscheidung der Betriebsleitung auf eine andere Arbeitsstelle außerhalb der in Ziffer I genannten Baustellen versetzt, ist ihm die Jahrestreue-prämie anteilig zu zahlen.

V.

(1) Nach § 16 der Verordnung vom 25. Oktober 1951 zum Schutze der Arbeitskraft (GBl. S. 957) ist die Arbeitszeit auf den in Ziffer I genannten Objekten so zu regeln, daß die dort Beschäftigten die Möglichkeit haben, an jedem zweiten Sonnabend zu ihren Familien zu fahren. In der Zeit vom Montag der einen bis zum Freitag der anderen Woche ist deshalb die Arbeitszeit so zu organisieren, daß innerhalb dieser beiden Wochen insgesamt 96 Stunden gearbeitet wird.

(2) Beschäftigte, die von der ihnen nach Absatz I gebotenen Möglichkeit Gebrauch machen, erhalten das Fahrgeld für die Heimfahrt erstattet. Trennungsgeld wird für diese beiden Abwesenheitstage nicht gezahlt.

(3) Der Anspruch auf eine bezahlte Familienheimfahrt nach jeweils zwei Monaten (zwei nach Zeitlohn bezahlte Arbeitstage gemäß BKV) bleibt davon unberührt.

VI.

(1) Die monatliche Sonderprämie ist den Berechtigten mit Wirkung vom 1. Juli 1956 zu zahlen. Beschäftigte, die erst nach diesem Zeitpunkt ihre Arbeit aufnehmen, haben mit Beginn des ersten vollen Beschäftigungs-monats Anspruch auf die monatliche Sonderprämie.

(2) Stichtag für den Beginn der Berechnungszeiträume für die Jahrestreueprämie ist der 1. Januar 1956.

VII.

Die monatlichen Sonderprämien und die Jahrestreue-prämien sind aus betrieblichen Mitteln zu zahlen. Eine Planung dieser Prämien findet nicht statt.

Berlin, den 25. August 1956

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

Erläuterungen

zur Verfügung Nr. 33/56 über die Gewährung von Sonderprämien bei der Durchführung einiger Bauvergaben von besonderer Bedeutung.

Zur Verfügung Nr. 33/56 vom 25. August 1956 werden folgende Erläuterungen bekanntgegeben:

1. An die Stelle der nach dem Beschluß Nr. 27/14 des Präsidiums des Ministerrates vom 26. Januar 1956 im ersten Halbjahr 1956 gezahlten Sonderprämien in Höhe von 4 % des monatlichen Arbeitseingetretts tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1956 die monatliche Sonderprämie von 15 % des monatlichen Bruttoverdienstes (Höchstbetrag 75,— DM) nach Ziffer III der Verfügung.
2. Maßgebend für die Gewährung der Jahrestreue-prämie nach Ziffer IV der Verfügung ist nicht das Kalenderjahr, sondern das Beschäftigungsjahr. Somit erhält die Jahrestreueprämie, wer nach dem 1. Januar 1956 jeweils 12 Monate ununterbrochen auf einer der in Ziffer I der Verfügung genannten Baustellen gearbeitet hat.
3. Den Beschäftigten, die in der Zeit bis zum 10. Januar 1956 ihre Arbeit auf einer dieser Baustellen

aufgenommen haben, wird die Jahrestreueprämie erstmalig im Dezember 1956 gezahlt. Für Beschäftigte, welche erst nach Ablauf der 1. Dekade des Monats Januar 1956 ihre Arbeit dort aufgenommen haben bzw. aufnehmen, gelten die nachstehend aufgeführten Berechnungszeiträume und Auszahlungs-termine:

Bei Aufnahme der Arbeit	Auszahlung
in der Zeit	in der 1. Dekade
vom 11. Jan. bis 31. März 1956	des Monats April 1957
vom 1. April bis 30. Juni 1956	des Monats Juli 1957
vom 1. Juli bis 30. Sept. 1956	des Monats Oktober 1957
vom 1. Okt. bis 31. Dez. 1956	des Monats Januar 1958
Ab 1957 beginnt die 1. Periode der Arbeitsaufnahme nicht am 11. Januar, sondern am 1. Januar.	
Berlin, den 15. September 1956	gez. Selbmann Stellv. Ministerpräsident

5. Verfügung Nr. 34/56 über die vorläufige Verbindlichkeit des Lieferkataloges für Schrauben — Einschränkungsliste und Auswahlreihen für Schrauben — des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau, Hauptverwaltung Normteile

Vom 14. September 1956

Zur Sicherung der voll- und halbautomatischen Produktion von Schrauben in großen Lieferlosen, einer wirtschaftlichen Lagerhaltung und einer kurzfristigen Liefermöglichkeit für gängige Schraubensortimente wird unter Berücksichtigung des Perspektivplanes des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau für Schrauben, Muttern und Formdrehteile auf Grund des § 23 der Arbeitsordnung des Ministerrates vom 24. November 1955 und gemäß Ziffer 4 des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 8. Dezember 1955 über die Bildung der Kommission für Industrie und Verkehr folgendes bestimmt:

I.

(1) Der Lieferkatalog für Schrauben — Einschränkungsliste und Auswahlreihen für Schrauben — Ausgabe 1956, der Hauptverwaltung Normteile des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau, wird für die Bereiche der Kommission für Industrie und Verkehr angehörenden Fachminister mit Wirkung vom 1. Januar 1957 als vorläufig verbindlich erklärt.

(2) Sämtliche Bedarsträger für Schrauben haben ihre Bestellungen für das Jahr 1956 auf der Grundlage des in Absatz 1 genannten Kataloges vorzunehmen.

II.

(1) Sämtliche nach Ziffer I in Betracht kommenden Verbraucher von Schrauben haben ihre Erzeugnisse, vor allem Neukonstruktionen und Neuentwicklungen auf die ausschließliche Verwendung von Schraubensortimenten der Auswahlreihe A zu überprüfen und die danach erforderlichen Änderungen vorzunehmen.

(2) Schraubensortimente der Auswahlreihe B dürfen nur verwendet werden, wenn der Aufwand für die Änderung der Konstruktionen bzw. der Vorrichtungen und Werkzeuge in keinem vertretbaren Verhältnis zum wirtschaftlichen Nutzen steht und die Abnahme der Sortimente der Auswahlreihe B in großen Lieferlosen gewährleistet ist.

III.

(1) Schraubentypen, die nach den Festlegungen des Lieferkataloges künftig in Wegfall kommen, dürfen nur geliefert und verwendet werden, wenn z. B. für Exportaufträge oder Großverbraucher bindende technische Vorschriften für die Verwendung solcher Typen in den Lieferverträgen ausdrücklich enthalten sind.

(2) Die Lieferung und Verwendung solcher Schraubentypen setzt eine schriftliche Ausnahmegenehmigung

des Leiters der Hauptverwaltung Normteile des Ministeriums für Allgemeinen Maschinenbau, Karl-Marx-Stadt, Friedrich-Engels-Straße 83, voraus.
(3) Über entsprechende Anträge hat die genannte Hauptverwaltung binnen zwei Wochen zu entscheiden. Gegen ihre Entscheidung ist der Einspruch bei dem Minister für Allgemeinen Maschinenbau zulässig, der im Einvernehmen mit dem für den Bedarfsträger zuständigen Minister die endgültige Entscheidung trifft.

IV.

Die Schraubenbetriebe sind berechtigt, für Schrauben der Auswahlreihe B einen Aufschlag von 10 % und für Schrauben, welche weder in der Auswahlreihe A noch in der Auswahlreihe B enthalten sind, einen Aufschlag von 20 % zu berechnen. Die Einzelheiten regeln die ab 1. Januar 1957 geltenden Preisvorschriften für Schrauben und Muttern.

V.

Der Minister für Allgemeinen Maschinenbau hat dafür zu sorgen, daß die DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau ab 1. Januar 1957 über ein gut sortimentiertes und mengenmäßig ausreichendes Lager der Sortimente der Auswahlreihe A verfügt und auch Kleinmengen vom Material der Auswahlreihe A kurzfristig zu den vorgeschriebenen Preisen liefern kann.

Anmerkung:

Der Lieferkatalog für Schrauben ist vom Buchhaus Leipzig, Leipzig, Postfach 91, zum Stückpreis von 1,- DM zu beziehen.

Berlin, den 14. September 1956

gez. Selbmann
Stellv. Ministerpräsident

II. Organisation

6. Änderung der Betriebsliste

Anordnung über die Änderung des Namens, des Sitzes und der Zuordnung des VEB Bohrbetrieb Hohenhüttne

Vom 1. Oktober 1956

§ 1

Der VEB Bohrbetrieb Hohenhüttne erhält den Namen
VEB Braunkohlenbohrungen und Schachtbau Tröbitz
Der Sitz des Betriebes wird nach Tröbitz verlegt.

§ 2

(1) Dem VEB Braunkohlenbohrungen und Schachtbau Tröbitz wird die Abteilung Bohrbetrieb Lausitz des VEB Braunkohlenwerk Alfred Scholz, Welzow, angegliedert.

(2) Der VEB Braunkohlenbohrungen und Schachtbau Tröbitz ist Rechtsnachfolger für die in seiner Anfangsbilanz auszuweisenden Forderungen und Verbindlichkeiten des gemäß Abs. 1 umgesetzten Betriebsteiles.

§ 3

Der VEB Braunkohlenbohrungen und Schachtbau Tröbitz wird der Hauptverwaltung Braunkohle des Ministeriums für Kohle und Energie unmittelbar unterstellt.

§ 4

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1957 in Kraft.

7. Berufungen und Abberufungen

Durch Urkunde des Ministers bzw. seiner zuständigen Stellvertreter wurden berufen:

Rudi Ecke
mit Wirkung vom 1. Juli 1956
zum Persönlichen Referenten des Stellvertreters des Ministers für den Produktionsbereich Kohle,

Heinz Fliegner
mit Wirkung vom 1. Januar 1956
zum Leiter des Büros für Internationale Zusammenarbeit beim Minister,

Walter Nitsche
mit Wirkung vom 20. August 1956
zum Hauptbuchhalter der Hauptverwaltung Anlagenbau,

Hans Schöpflin
mit Wirkung vom 1. September 1956
zum Hauptlastverteiler der Deutschen Demokratischen Republik,

Ing. Heinz Fritzsche
mit Wirkung vom 1. August 1956
zum Technischen Leiter des VEB Braunkohlenwerk Domsdorf,

Herbert Körner
mit Wirkung vom 10. Juni 1956
zum Kaufmännischen Leiter des VEB Braunkohlenwerk Neumark,

Dipl.-Ing. Eberhard Lindenlaub
mit Wirkung vom 15. September 1956
zum Technischen Direktor des VEB Braunkohlenwerk Regis,

Hermann Schulz
mit Wirkung vom 1. September 1956
zum Arbeitsdirektor des VEB Braunkohlenwerk Sedlitz,

Alfred Rickett
mit Wirkung vom 1. Mai 1956
zum Kaufmännischen Direktor des VEB Braunkohlenwerk Freiheit,

Oswald Duschek
mit Wirkung vom 13. August 1956
zum Kaufmännischen Leiter des VEB Braunkohlenwerk Golpa,

Fritz Neumann
mit Wirkung vom 15. Mai 1956
zum Technischen Leiter der Aufbauleitung Tagebauforschungsstelle „Schwarze Pumpe“,

Günter Reinhold
mit Wirkung vom 5. Mai 1956
zum Technischen Leiter des VEB Kohleanlagen,

Friedrich Müller
mit Wirkung vom 1. September 1956
zum Werkdirektor des VEB Energieversorgung Dresden,

Ing. Waldemar Krohn
mit Wirkung vom 1. September 1956
zum Technischen Leiter des VEB Mineralölwerk Lützkendorf,

Gerhard Kunzmann
mit Wirkung vom 1. August 1956
zum Werkdirektor des VEB Gasversorgung Dresden,

Dipl.-Ing. Karl Hocke
mit Wirkung vom 1. August 1956
zum Technischen Direktor des VEB Gasversorgung Halle,

Obering. Heinrich Mareyen
mit Wirkung vom 1. August 1956
zum Direktor der Ingenieurschule für Elektroenergie „Dr. Robert Meyer“, Zittau,

Dipl.-Ing. Ernst Ritzki
mit Wirkung vom 1. April 1956
zum Stellvertretenden Direktor des
Instituts für Energetik,
Ing. Heinz Schüttau
mit Wirkung vom 1. August 1956
zum Stellvertretenden Direktor der Bergingenieurschule „Ernst Thälmann“, Senftenberg.

Abberufen wurden:

Ing. Karl Planert,
bisher Technischer Leiter des
VEB Braunkohlenwerk Domsdorf,
Hermann Ulbrich,
bisher Kaufmännischer Leiter des
VEB Zentralwerkstatt Weisow,
Paul Rittner,
bisher Werkleiter des VEB Zentralwerkstatt Regis,
Hermann Schulz,
bisher Arbeitsdirektor des
VEB Braunkohlenwerk „John Schehr“,
Ing. Marcel Wirth,
bisher Technischer Leiter des
VEB Braunkohlenwerk Regis,
Gerhard Grote,
bisher komm. Direktor der
Zentralen Leitung der DHZ Kohle.

**8. Erläuterung zur Anweisung vom 15. Juli 1956
über das Mitführen von Akten und sonstigen
Unterlagen bei Dienstreisen**

Die Anweisung vom 15. Juli 1956 über das Mitführen von Akten und sonstigen Unterlagen bei Dienstreisen (VuM Nr. 3, S. 34) legt unter Absatz 1 Buchstabe a jedem Mitarbeiter die Verpflichtung auf, bei der Durchführung von Dienstreisen eine Urkunde bei sich zu führen, die den Inhaber zur Mitführung bestimmter dienstlicher Unterlagen berechtigt. Dieser der gebotenen Wachsamkeit entsprechenden Bestimmung ist Genüge getan, wenn die einzelnen genau bezeichneten Aktenstücke auf dem ordnungsgemäßem Dienstreiseauftrag vermerkt worden sind. Unter der letzten Zeile der Eintragungen ist der Hinweis „Eintragung beendet“ anzubringen. Die Berechtigung zur Mitführung umfangreicheren Aktenmaterials, dessen genaue Aufzählung und Bezeichnung in dem vom Vordruck-Leitverlag Erfurt herausgegebenen Formular J. V. 310 naturgemäß nicht möglich ist, muß jedoch in einer besonderen Bescheinigung bestätigt werden.

9. Regelung von Betriebsbesuchen

Abschnitt V der Verfügung vom 19. März 1956 über die Regelung von Betriebsbesuchen und die Herstellung fotografischer Aufnahmen in den Betrieben und sonstigen Institutionen des Ministeriums für Kohle und Energie (VuM, Nr. 2, S. 21) ist aufgehoben worden.

10. Nomenklatur für Verschlußsachen

Die Gruppe A beinhaltet den Grad der Geheimhaltung bei der Anfertigung durch das Ministerium.

Die Gruppe B beinhaltet den Grad der Geheimhaltung bei der Anfertigung durch die Hauptverwaltungen.

Die Gruppe C beinhaltet den Grad der Geheimhaltung bei der Anfertigung durch die Konstruktionsbüros, Institute, Schulen, Deutschen Handelszentralen und volkseigenen Betrieben.

I. Teile des Volkswirtschaftsplanes (einschl. Kontrollziffern und Planvorschläge).
Bei Aufgliederung der verschiedenen Planteile in einzelne Abschnitte ist über den Grad der Geheimhaltung von der anfertigenden Dienststelle in eigener Verantwortung zu entscheiden.

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Gruppe		
		A	B	C
1	Gesamtplan (VWPl. bzw. Perspektivplan)	VVS	VD	VD
2	Plan der industriellen Brutto- und Warenproduktion	VVS	VD	VD
3	Aufnahme neuer produktionsreifer Konstruktionen und Verfahren	VD	—	—
4	Kapazitätspläne	VD	—	—
5	Technisch-wirtschaftliche Kennziffern	VD	—	—
6	Kenntnissen der Mechanisierung	VD	—	—
7	Plan der Bauleistungen	VD	—	—
8	Arbeitskräfte, Produktivität — Lohn	VD	VD	—
9	Selbstkostenentwicklung — Umschlagszahl Z	VVS	VD	—
10	Zusammenfassung von Kontrollziffern d. VWPl. Finanzen	VVS	VVS	—
11	Zusammenfassung der Finanzpläne	VVS	VVS	—
12	Investitionspläne	VVS	VD	VD
13	Generalsparaturen, Wert-erhaltung	VD	—	—
14	Projektionsplan	VP A	—	—
15	Grundfondsentwicklungsplan	VVS	VVS	VD
16	Bauwirtschaftsplan	VPA	VPA	—
17	Plan des TWK des Materialverbrauchs	VD	—	—
18	Materialbedarfsplan	VD	VD	—
19	Plan des Schrottaufkommens	VD	VPA	—
20	Warenbewegungsplan	VD	—	—
21	Transportplan (Jahr)	VD	—	—
22	Plan der Berufsausbildung	VD	VD	—
23	Plan der Hoch- und Fachschulen	VD	VD	—
24	Forschung und Technik	VVS	VVS	VD
a)	Planteilwürfe	VVS	VVS	VD
b)	Gesamtplan	VD	VD	—
c)	Zusatzausplan	VVS	VD	VD
d)	Zusammenstellung D-Themen	VD	VD	VD
e)	Zusammenstellung der Komplexaufgaben	VD	VD	VD
f)	Organisatorische Nomenklatur	VD	—	—
g)	Liste der abgeschlossenen Arbeiten des Planes For-schung und Technik	VD	—	—
25	Plan der Standardisierung	VD	—	—
26	Plan der internationalen Zusammenarbeit	VD	VD	—
27	Plan des Großhandels	VD	—	—
28	Exportplan	VVS	VD	—

II. Sonstige Pläne

1	Dokumentation für TWZ	VD	VD	VD
2	Protokolle über internationale Vereinbarungen	VVS	VVS	VVS
3	Entwicklungspläne und Perspektivpläne für einzelne Industriezweige	VVS	VVS	VD
4	Rekonstruktionspläne für Großbetriebe	VD	VD	VD
5	Techn. Entwicklungsprogramm für Großbetriebe	VD	VD	VD
6	Betriebspässe (mit Ausnahme der Schwerpunktbetriebe lt. Anhang)	VD	VD	VD
7	Forschung und Technik: Struktur- und Stellenpläne von Entwicklungsstellen mit mehr als 50 Mitarbeitern	VD	VD	VD

III. Berichterstattung

1	Z 110	Monatsbericht mit Maßwerten	VD	VD	VP A
2	Z 111	Vollbericht Produktion/Quartal	VD	VD	VP A
3	P 13	Halbmonat. Kurzbericht Produktion	VD	VD	—
4	P 15	Abrechnung TWK	VD	VD	—

Lfd. Nr.	Bezeichnung	A	B	C
		VD	VD	—
5 P 16	Aufnahme neuer Arbeiten industrieller Produktion	VD	VD	—
6 P 26	Monatsbericht der Erzeugung von Elektroenergie in der Deutschen Demokratischen Republik	VD	VD	—
7 P 27	INV-Kontrollbericht	VD	VD	—
8 P 28	Kapazitätszuwachs	VD	VD	—
9 A Q J	Abrechnung Arbeitskräfteplan (Quartal)	VD	VD	—
10	Berufsausbildung — Quartalsberichte	VD	VD	—
11	Berichte und Unterlagen über Betriebschutz mit vertraulichem Charakter	VD	VD	—
12 FMJ (z)	Formblatt Finanzbericht	VVS	VVS	—
13	Financkontrollberichte und Analyse	VVS	VVS	—
14	Revisionsberichte	VD	—	—
15	Berichte zur internationalen Zusammenarbeit	VD	VD	—
16	Forschung und Technik:			
a)	Jahresberichte der F/E-Stellen	VD	VD	VD
b)	Quartals-, Halbjahrs- und Abschlußberichte der F/E-Stellen, Studienentwürfe	DP	—	—

**Ahang zur Nomenklatur für Verschlußsachen
Zu II/6:**

Die Betriebspapiere nachstehender Betriebe sind als vertrauliche Verschlußsache zu behandeln:
 VEB Großkoker „Mátyás Rákosi“ — Lauchhammer
 VEB Kombinat „Otto Grotewohl“ — Böhmen
 VEB Kombinat Espenhain
 VEB Mineralölwerk Lützkendorf
 VEB Hydrierwerk Zeitz
 VEB Synthesewerk Schwarzenbeck

11. Anordnung über die Bildung eines Kontrollstabes „Neue Technik“ für die Kohlenindustrie
Vom 20. August 1956

Zur Förderung und Kontrolle der Einführung der neuen technischen Fortschritte in der Kohlenindustrie wird folgendes angeordnet:

I

(1) Mit Wirkung vom 2. Juli 1956 wird der Kontrollstab „Neue Technik“ der Kohlenindustrie mit dem Sitz in Leipzig gebildet.

(2) Der Kontrollstab „Neue Technik“ für die Kohlenindustrie untersteht dem Stellvertreter des Ministers für den Bereich Kohle. Verwaltungsmäßig wird der Kontrollstab „Neue Technik“ der HV Anlagenbau angegliedert. Seine Aufwendungen werden über den Haushalt des HV Anlagenbau finanziert.

II.
 Der Kontrollstab „Neue Technik“ für die Kohlenindustrie hat folgende Hauptaufgaben:

Überprüfung von volkswirtschaftlich wertvollen Verbesserungsvorschlägen, Neuerermethoden und technischen Neuerungen in den Braunkohlenwerken auf ihre Übertragungsmöglichkeiten in andere Betriebe, in denen die erforderlichen technischen Voraussetzungen vorhanden sind oder geschaffen werden können,
 Festlegung und Kontrolle der Einführungspläne in Zusammenarbeit mit den zuständigen Hauptverwaltungen, Revierleitungen, Braunkohlenwerken und Leitungen der Büros für Erfindungs- und Vorschlagswesen.

III.

Die Zusammensetzung und die Tätigkeit des Kontrollstabes sind durch eine Arbeitsanweisung des Stellvertreters des Ministers für den Produktionsbereich Kohle zu regeln.¹

12. Arbeitsanweisung für den Kontrollstab „Neue Technik“ Bereich Kohle

I. Aufgabenstellung:

Der Kontrollstab „Neue Technik“ soll durch seine Arbeit mit dazu beitragen, das technische Gesamtniveau im Bereich Kohle zu heben, den neuesten Stand der Technik zu ermitteln und diesem zur Einführung zu verhelfen. Sein Einsatz ist operativer Natur an der Basis, sein Arbeitstil ist freizuhalten von allem formalen Handeln. Ihm obliegen folgende Aufgaben:

1. a) Kontrolle der in der Praxis bewährten, volkswirtschaftlich wertvollen Verbesserungsvorschläge, Neuerermethoden und technischen Neuerungen in einzelnen Braunkohlenwerken bezüglich weiterer Nutzung,
 - b) Überprüfung und Beurteilung derselben bezüglich Anwendbarkeit in Betrieben gleichartiger Struktur und Voraussetzungen,
 - c) Übertragung und Durchsetzung der Einführung derselben auf die Betriebe, in denen die erforderlichen technischen Voraussetzungen geschaffen werden können. Dies in Zusammenarbeit mit den zuständigen Leitungen der BfE, Braunkohlenwerke, Reviere und Hauptverwaltungen durch entsprechende Festlegung des Einführungsplanes und der Pflicht der Kontrolle bis zur Realisierung der Maßnahme.
- Voraussetzung hierfür ist die technische und wirtschaftliche Überarbeitung des jeweiligen Schwerpunktvorlasses durch den Kontrollstab, die Dokumentation des Nutzeffektes für unsere Volkswirtschaft im erforderlichen Falle bei den jeweils zuständigen hauptverantwortlichen Stellen, weiter die Anordnung der Einführung durch diese hauptverantwortliche Dienststelle bei den ihr unterstellt Betrieben,
- d) Unterrichtung der hauptverantwortlichen Stelle bei Nichtdurchführung von beschlossenen Maßnahmen und entsprechende Kontrolle den daraufhin Veranlaßten.
 2. Einführung gemäß 1 a) bis d) der neuen Technik im Bereich Kohle auf Grund konkreter Aufgabenstellung des Ministeriums.
- Schwerpunkt ist auf die allseitige Verwirklichung von bereits bewährten Maßnahmen zu legen durch
- a) Verhandlungen mit den zuständigen Instanzen des Maschinenbaus u. a., Terminfestlegung und laufende Überwachung der Aufgabenstellung;
 - b) Kontrolle der die Neue Technik betreffenden Auftrags- und Vertragsbindungen bei VEB Kohleanlagen;
 - c) Kontrollierende Tätigkeit bei der Festlegung der Aufgabenstellung und Projektausarbeitung für Institutionen hinsichtlich der Anwendung der neuesten Erfahrung und der Neuen Technik. Gewährleistung des Rechtes des unmittelbaren

¹ Die Arbeitsanweisung vom 11. August 1956 für den Kontrollstab „Neue Technik“ ist nachstehend abgedruckt.

Vortrages bei den zuständigen Ministerien bei Nichteinhaltung des festgelegten Wegea der Einführung und Anwendung modernster Erkenntnisse. Hierbei ist eine enge Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung Anlagenbau, dem VEB Kohleanlagen und der Abteilung Forschung und Entwicklung der Kohlenindustrie erforderlich.

- d) Einschaltung bei der Frage der Mittelbereitstellung für durchzuführende Maßnahmen auf dem Gebiet der Neuen Technik in Form von entsprechenden Vorschlägen zwecks Herbeiführung von ministeriellen Entscheidungen bei Schwerpunktmaßnahmen. Dies auf Grund von Dokumentationen, die von dem Kontrollstab beizubringen bzw. zu überprüfen sind.
- 3. Laufende Qualifizierung aller technischen Mitarbeiter des Kontrollstabes bezüglich des neuesten Standes der Technik in anderen Staaten, Teilnahme an Fachtagungen und Besprechungen, Auswertung der Fachliteratur mit dem Ziel, den entsprechenden hauptverantwortlichen Stellen für erkannte Schwerpunktmaßnahmen Einführungsvorschläge zu unterbreiten.
- 4. a) Feststellung des volkswirtschaftlichen Nutzens für die zur Einführung festgelegten entscheidenden technischen Neuerungen mittels technischer Argumentation und finanzieller Beweisführung mit entsprechender Berichterstattung bei den zuständigen Stellen.
b) Berichterstattung zur gesamten Aufgabenstellung bei dem Stellvertreter des Ministers für den Bereich Kohle einmal im Monat durch den verantwortlichen Leiter des Kontrollstabes,
c) Rücksprachen bei den zuständigen HV-Leitern bzw. Hauptverantwortlichen im jeweiligen Bedarfsfalle und gemäß festzulegender Termine — sinngemäß auch durch einzelne Mitarbeiter des Kontrollstabes.
d) Einschaltung hinsichtlich der Einführung der Neuen Technik bei Werkleiter- oder Revierleiterbesprechungen gemäß Festlegung durch HV- bzw. Revierleiter.

II. Organisation

- 1. a) Der Kontrollstab Neue Technik arbeitet im Auftrag des Ministeriums für Kohle und Energie und ist dem Stellvertreter des Ministers für Kohle und Energie — Bereich Kohle — Herrn Pech direkt unterstellt.
b) Durch entsprechende Anordnung sind die Voraussetzungen für die Realisierung der unter I. 1 a) bis d) angeführten Aufgaben sicherzustellen.
c) Mittels entsprechender Ausweise, vom Ministerium für Kohle und Energie ausgestellt, ist das Recht auf Ausübung kontrollierender Tätigkeit bezüglich Neuer Technik in allen Betrieben des Bergbaus zu gewährleisten.
d) Durch Veröffentlichung im Mitteilungsblatt wird festgelegt, daß die Revier-, Werk- und BfE-Leitungen die Pflicht haben, dem Kontrollstab der Neuen Technik Auskunft zu erteilen sowie die entsprechenden Unterlagen, Realisierungspläne usw. vorzulegen.
- 2. Sitz des Kontrollstabes ist Leipzig. Er ist kommerziell der HV Anlagenbau Leipzig angegliedert. Überblick über voraussichtlichen Finanzbedarf ist nach Tätigkeitsaufnahme und Bestätigung der vorliegenden Vorschläge zu geben.
- 3. Der Kontrollstab besteht aus:
 - 1 Leiter
 - 1 Fach-Ingenieur für Bergbaumaschinen
 - 1 Fach-Ingenieur für Elektrotechnik
 - 1 Steno-Sachbearbeiter (spez. für grafische Auswertung, Terminverfolgung usw.).Die entsprechend der am 13. Juni 1956 getroffenen Festlegung vorgesehene Besetzung dieser Stellen ist aus der Anlage zu ersuchen. Vorschläge zum evtl. weiteren Ausbau des Kontrollstabes berügt. eines

Bau- und Bergbau-Spezialisten werden nach erbrachtem Nützlichkeitsnachweis unterbreitet. Dies besonders unter Berücksichtigung der vom Ministerium vorgesehenen Organisation zur Einführung der Neuen Technik in den einzelnen Revierleistungen.

- 4. Die schnellstmögliche Erreichung der Einsatzorte ist durch Koordinierung von Fahrten der Kraftfahrzeuge der HV Anlagenbau und VEB Kohleanlagen zu gewährleisten, weiterhin durch Einplanung von Mitteln für entsprechende Dienstfahrten mit Kraftfahrzeug bzw. Bahn.
- 5. Die Mitglieder des Kontrollstabes haben ein Diensttagebuch zu führen. In Form der Befähigungsberichte ist über das täglich Durchgeführte und Erreichte in dem Diensttagebuch zu berichten.
- 6. Der Kontrollstab hat einen Monats-Arbeitsplan auszuarbeiten und dem Stellvertreter des Ministers, Herrn Pech, jeweils bis zum 25. jedem Monat für den kommenden Monat zur Bestätigung vorzulegen.
- 7. In dieser Arbeitsbesprechung ist das Ergebnis des vergangenen Monats zu analysieren und die Aufgabenstellung für den neuen Monat im Kollektiv zu erarbeiten.
- 8. Das Protokoll der Monats-Arbeitsbesprechung ist gleichzeitig die Monatsanalyse des Kontrollstabes.
- 9. Der Schriftverkehr des Kontrollstabes ist sehr gering zu halten. Er hat nach den letzten Anweisungen zu erfolgen. Schreiben von besonderer Bedeutung und solche, die an Dienststellen der HV-Ebene und darüber (soweit sie nicht dem eigenen Bereich angehören) sind dem Stellvertreter des Ministers, Bereich Kohle, zur Unterschrift vorzulegen.

III. Tätigkeitsaufnahme:

- a) Der Kontrollstab Neue Technik beginnt seine Tätigkeit am 2. Juli 1956.
- b) Gemäß Bezug e) sind erstrangig folgende Probleme in Angriff zu nehmen:
 - Gleiskettenfahrwerke (Realisierung, Umbau usw.)
 - Ersatzmaterialfragen zu Schwellenproblem
 - Langschienenoberbau
 - Entwässerungsmaßnahmenund einzelne der im Maßnahmenplan vom 12. April 1956 angeführten erprobten Neuerungen gemäß jeweiliger Dringlichkeitserkenntnis.

Zusammenfassung:

Der Entschluß des Ministers für Kohle und Energie bezügl. Schaffung des Kontrollstabes wurde mit den für die Einführung eintretenden Dienststellen und Parteiorganisationen durchgesprochen und von diesen begrüßt.

Vom Einsatz aller Beteiligten hängt es ab, aus dem Kontrollstab ein Instrument für die Einführung der Neuen Technik im Bereich Kohle zu machen, das die Forderungen der 3. Parteikonferenz mit erfüllen hilft.

13. Anweisung über die Durchführung des Genehmigungsverfahrens für Berichterstattung

Vom 20. September 1956

Auf Grund des § 2 Abs.1 der 1. Durchführungsbestimmung vom 9. August 1956 zur Verordnung über das Berichtswesen der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 621) wird zur Durchführung des Genehmigungsverfahrens für Berichterstattungen folgendes bestimmt:

I.

Die Genehmigung für genehmigungspflichtige Berichterstattungen wird vom Minister erteilt.

II.

Die Kontrolle des Berichtswesens und die Bearbeitung der Anträge auf Genehmigung von Erhebungen obliegt der Hauptabteilung Planung (HA Planung). Die Anträge sind der HA Planung einzureichen. Diese überprüft die Anträge und legt sie dem Minister mit

— 38 —

einer entsprechenden Stellungnahme zur Entscheidung vor.

III.

Die HA Planung hat hierbei insbesondere folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Überprüfung der beantragten Berichterstattungen auf ihre Notwendigkeit.
2. Vermeidung von Doppelbefragungen.
3. Durchführung der Abstimmung bei Erhebungen, die sich auch auf den Zuständigkeitsbereich anderer Organe erstrecken.
4. Überprüfung der Berichterstattungen in sachlicher und methodischer Hinsicht.
5. Einschränkung des Umfangs der Berichterstattung auf das unbedingt notwendige Maß.
6. Langfristige Festlegung der Periodizität der Berichterstattungen.
7. Überprüfung der Voraussetzungen einer exakten Aufbereitung und Auswertung beim Veranhalter der Berichterstattung.
8. Einreichung der vorgesehenen Erhebungsunterlagen bei der Kontrollstelle für das Berichtswesen bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik unmittelbar nach Erteilung einer Genehmigung.
9. Jährliche Überprüfung des Berichtswesens in Zusammenarbeit mit den Hauptverwaltungen, Haupt- und Zentralen Abteilungen mit dem Ziele der Verminde rung des Umfangs und der Vereinfachung des Inhalts der Erhebungen.
10. Kontrolle der Einhaltung der Verordnung vom 20. Juli 1956 über das Berichtswesen der Deutschen Demokratischen Republik durch Hauptverwaltungen und Betriebe.

IV.

1. Der Antrag auf Genehmigung einer Berichterstattung¹⁾ ist mit folgenden Unterlagen einzureichen:
 - a) ausführliche Begründung der Erhebung,
 - b) Vordruck für Befragung (bei formloser Befragung die dem Betrieb aufgegebenen Fragen),
 - c) Erklärungen usw.
2. Antrag und Unterlagen sind zweifach einzureichen. Unvollständige Anträge werden nicht bearbeitet.
3. Anträge auf Genehmigung von Berichterstattungen der Querschnittsabteilungen der Hauptverwaltungen sind über die zuständige Zentrale Abteilung zu leiten. Diese hat sie mit ihrer Stellungnahme an die HA Planung weiterzugeben. Anträge auf Erhebung der Hauptabteilungen und Zentralen Abteilungen sind der HA Planung unmittelbar zu übersenden.
4. In jeder Hauptverwaltung ist ein Mitarbeiter zu bestimmen, über den die Anträge der Hauptverwaltungen zu leiten sind. Dieser ist der HA Planung

¹⁾ Antragsformulare sind bei der HA Planung erhältlich.

nung bis zum 1. Oktober 1956 namentlich zu benennen. Ihm obliegt es, an der Vereinfachung und Verbesserung des Berichtswesens mitzuarbeiten und Doppelbefragungen zu verhindern.

V.

Ordnungsgemäß eingereichte Anträge sind von der HA Planung innerhalb von zehn Tagen zu bearbeiten.

VI.

1. Bei Änderungen bereits genehmigter und registrierter Befragungen muß die Zustimmung der HA Planung vorliegen.
2. Die Einstellung einer genehmigten Berichterstattung ist dem Befragten und der HA Planung unverzüglich mitzuteilen.

VII.

Berichterstattungen der Revierstellen Borna, Halle und Senftenberg an die Hauptverwaltung Braunkohle sind, sofern diese Endbefragte sind, nicht genehmigungspflichtig.

VIII.

Für Dispatchermeldungen ist mit den Hauptverwaltungen ein Kontingent für tägliche, dekadeneweise, vierzehntägliche und monatliche Meldungen festzulegen. Die Kennziffern hierfür sind bei der HA Planung und dem Chefdispatcher in einer spezifizierten Aufstellung zu hinterlegen. Dieses Kontingent darf auch bei notwendigen operativen Änderungen des Meldesystems nicht überschritten werden.

IX.

1. Mit der Ausarbeitung des Berichtswesens für das Jahr 1957 ist bereits jetzt zu beginnen. Es ist besonders darauf zu achten, daß nur unbedingt notwendige Erhebungen beantragt werden.
2. Die Genehmigungsanträge für das Jahr 1957 sind von jeder Hauptverwaltung, Hauptabteilung oder Zentralen Abteilung gesammelt an die HA Planung bis spätestens 15. November 1956 einzureichen.

X.

Die Leiter der Hauptverwaltungen, Hauptabteilungen und Zentralen Abteilungen sind für die strikte Einhaltung dieser Anweisung persönlich verantwortlich.

14. Ungültige Dienstausweise

Die nachstehend aufgeführten Dienstausweise des Ministeriums für Kohle und Energie sind für ungültig erklärt worden:

- a) Nr. 87, ausgestellt auf den Namen Klaus Unrau, geboren am 28. Januar 1921,
- b) Nr. 106, ausgestellt auf den Namen Robert Hehl, geboren am 16. Februar 1918.

III. Finanzen

15. Richtlinie über die Berechnung der Zuführungen zum Direktorfonds im Planjahr 1956

Diese Richtlinie soll eine einheitliche Berechnung der Zuführungen zum Direktorfonds für das Planjahr 1956 gewährleisten. Deshalb wird entsprechend § 17 Abs. 2 der 1. Q.B vom 12. Mai 1956 zur Verordnung über den Direktorfonds in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft im Planjahr 1956 — Volkseigene Industrie — (GBl. I S. 462) im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen folgendes bestimmt:

Für die Berechnung der Zuführungen zum Direktorfonds 1956 sowie deren Verwendung sind nachstehende gesetzliche Bestimmungen maßgebend:

1. Verordnung vom 17. Februar 1956 über den Direktorfonds in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft im Planjahr 1956 (GBl. I S. 129).

2. Verordnung vom 26. Januar 1956 über den Direktorfonds in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft im Planjahr 1956 (GBl. I S. 129).

3. Durchführungsbestimmung vom 12. Mai 1956 zur Verordnung über den Direktorfonds in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft im Planjahr 1956 — Volkseigene Industrie — (GBl. I S. 462).

Bei der Anwendung dieser gesetzlichen Bestimmungen ist folgendes zu beachten:

Zu § 2 der 1. Durchführungsbestimmung:

1. Für die entsprechend dem Beschuß des Ministerrates vom 1. Juni 1956 über die Gewährleistung der Unterbringung der Jugendlichen in Lehr- und Arbeitsplätzen über den geplanten Lohnfonds hinaus einzustellenden Jugendlichen ohne Berufsausbil-

dung im Alter bis zu 16 Jahren — Lehrlinge, Lehrmeister, Lehrausbilder usw. — ist der geplanten Lohnsumme die effektiv gezahlte Lohnsumme für diese Beschäftigten zeitanteilig hinzuzurechnen.

2. Unter Investitionsaufbauleitungen sind alle Aufbauleitungen des Investsträgers zu verstehen, die entsprechend den Richtlinien vom 15. Februar 1954 für die Finanzierung der Bauleitungen des Investsträgers (GBI, S. 201) aus den gleitenden Richtsätzen finanziert werden, gleichviel, in welcher Form und unter welcher Bezeichnung diese auftreten.

Die Zuführung für diese Abteilungen beträgt 1,5 Prozent der geplanten Bruttolohn- und -gehaltssumme der in dieser Abteilung Beschäftigten. Diese 1½ Prozent Prämienfonds werden aus den gleitenden Richtsätzen finanziert. Die Verwendung dieses Prämienfonds hat entsprechend § 9 der Verordnung vom 17. Februar 1955 über den Direktorfonds zu erfolgen. Eine besondere Kennzeichnung bei der Bildung und Verwendung dieses Prämienfonds innerhalb des Direktorfonds hat nicht zu erfolgen.

Für die in den Investitionsabteilungen usw. Beschäftigten, bei denen es sich arbeitsrechtlich um Angehörige des betreffenden Betriebes handelt, kann bei Erfüllung der Bedingungen für die Zuführungen zum Direktorfonds für diese Beschäftigten die geplante Lohnsumme als Bernessungsgrundlage für eine weitere 2½ prozentige Direktorfondszuführung herangezogen werden; diesgleichen kann bei Erfüllung der Bedingungen Produktionsprämie gezahlt werden. Die Finanzierung dieser Beträge erfolgt aus dem Gewinn bzw. aus den Kosten.

Zu § 3 der 1. Durchführungsbestimmung:

3. Grundlage für die Erfüllung des Planes der Warenproduktion ist die aus den beauftragten Bruttoproduktion entwickelte Warenproduktion zu geplanten Werkstoffabgabepreisen einschließlich der absetzbaren industriellen und der nicht industriellen Leistungen, soweit letztere im Finanzplan ihren Niederschlag gefunden haben.

4. Bei der Ermittlung der Erfüllung der Warenproduktion dürfen Bestandsänderungen der unvollen- deten Produktion nur dann berücksichtigt werden, wenn diese geplant sind. Die Bestandsänderungen dürfen jedoch beim „Ist“ nur bis zur geplanten Höhe berücksichtigt werden, mit Ausnahme des Vorabraumes in Braunkohlegebauen. Die Bewertung der Bestandsänderungen der unvollendeten Produktion hat gemäß den Festlegungen der Branchenrichtlinien zu erfolgen.

Sollte die Erfüllung der Gesamtwarenproduktion oder eines der festgelegten wichtigsten Erzeugnisse nur von der Berücksichtigung der Bestandsänderungen der unvollendeten Produktion abhängig sein, so kann der Leiter der Hauptverwaltung auf Grund eines begründeten Antrages (z. B. Komplettierungs Schwierigkeiten) seine Zustimmung zur Berücksichtigung dieser Bestandsänderung erteilen, auch wenn diese nicht geplant ist.

5. Der Plan der Waffenproduktion gilt nur dann als erfüllt, wenn die vom Ministerium festgelegten volkswirtschaftlich wichtigsten Erzeugnisse im einzelnen mengenmäßig bzw. nach unveränderlichen Planpreisen der Teil der Produktion von Massenbedarfsgütern wertmäßig und darüber hinaus der Plan der Warenproduktion insgesamt wertmäßig erfüllt sind.

6. Bei den Betrieben der Hauptverwaltung Gas und der Hauptverwaltung Elektroenergie ist unter beauftragter Bruttoproduktion für die Planposition Elektroenergie und Gas die eigene Erzeugung zusätzlich Energiebezug zu verstehen.

Zu § 4 der 1. Durchführungsbestimmung:

7. Bei der Beurteilung der Erfüllung des Planes zur Senkung der Selbstkosten sind den Kosten der vergleichbaren beauftragten und nichtbeauftragten

Warenproduktion die Selbstkosten der absetzbaren vergleichbaren nichtindustriellen Leistungen hinzuzurechnen.

Zu § 5 der 1. Durchführungsbestimmung:

8. Das geplante Betriebsergebnis gilt als erfüllt, wenn bei Erfüllung und Übererfüllung des Planes der beauftragten und nichtbeauftragten Warenproduktion zuzüglich der nichtindustriellen Leistungen das geplante Betriebsergebnis (Gesamtgewinn) eingehalten oder überschritten bzw. der geplante Verlust eingehalten oder unterschritten wurde.

Zu § 6 der 1. Durchführungsbestimmung:

9. Grundsätzlich darf bei den verlustgestützten Betrieben der Hauptverwaltung Braunkohle bei der Ermittlung des Ergebnisses aus Absatz keine Berichtigung des Planergebnisses zufolge der Übererfüllung der abgesetzten Produktion erfolgen.

In Ausnahmefällen, jedoch nur auf Grund der Tatsache, daß bei Übererfüllung der umgesetzten Produktion das Ergebnis aus Absatz nicht erfüllt wurde, kann der HV-Leiter auf Grund eines zu erbringenden Nachweises die Genehmigung erteilen, daß das geplante Ergebnis aus Absatz entsprechend der umgesetzten Produktion berichtigt werden darf. Ist die Nichterfüllung des Betriebsergebnisses trotz Übererfüllung der umgesetzten Produktion lediglich auf eine Überschreitung des übrigen Ergebnisses zurückzuführen, darf keine Berichtigung des geplanten Ergebnisses aus Absatz erfolgen.

Diese Sonderregelung ist nicht für den § 10 Abs. 2 der 1. Durchführungsbestimmung anzuwenden, berichtet also nicht zur Zuführung zum Direktorfonds aus Unterschreitung des geplanten Verlustes zufolge der Übererfüllung der umgesetzten Produktion. Gleichfalls ist es in diesen Fällen nicht zulässig, bei der Errechnung der Produktionsprämie die prozentuale Unterschreitung des berichtigten Ergebnisses (Verlust) im Prämienbetrag zu berücksichtigen. Das Ergebnis aus Absatz ist mit 100 Prozent Erfüllung anzusetzen.

Zu § 6 der 1. Durchführungsbestimmung:

10. Die Kosten gemäß dem Ministerratsbeschuß vom 1. Juni 1956 (s. Tz. 1 dieser Richtlinie) sind eliminierungsfähig.

Zu § 7 der 1. Durchführungsbestimmung:

11. Die Betriebe, denen per 31. März 1956 zufolge der Untererfüllung der Pläne durch die unmittelbaren oder mittelbaren Auswirkungen der strengen Frostperiode im I. Quartal 1956 durch den Minister in Übereinstimmung mit dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Fritz Selbmann und dem Ministerium der Finanzen die volle Zuführung zum Direktorfonds in Höhe von 4 Prozent genehmigt wurde, legen für die Zuführung zum Direktorfonds am 30. Juni 1956 und 30. September 1956 die Erfüllung der Pläne des II. bzw. III. Quartals zugrunde. Eine Zuführung auf Grund der kumulativen Erfüllung der Pläne seit Jahresbeginn hat bei diesen Betrieben erstmalig wieder zum 31. Dezember 1956 zu erfolgen.

12. Die bei Erfüllung der Voraussetzungen in den Quartalen erfolgten erhöhten Zuführungen bis zur Höhe von 4 Prozent der geplanten Lohnsumme können im Laufe des Jahres bis zu 3,375 Prozent der geplanten Lohnsumme verbraucht werden. Die restlichen 0,625 Prozent dürfen erst verbraucht werden, wenn am Jahresende feststeht, daß der Jahresplan insgesamt erfüllt wurde.

13. Die Zuführungen erfolgen im Laufe des Jahres auf der Berechnungsgrundlage der im jeweiligen Zeitabschnitt geplanten Bruttolohn- und -gehaltssumme unter Berücksichtigung der seitanteiligen Plan- bzw. Ist-Lohnsumme der im § 2 Abs. 2 der 1. Durchführungsbestimmung besonders aufgeführten Beschäftigten, die dem geplanten Lohnfonds hinzugerechnet werden dürfen.

Zu § 8 der 1. Durchführungsbestimmung:

14. Bei der Ermittlung des durchschnittlichen Anteiles von mehr als 10 Prozent Lehrlingen an der Gesamtbelegschaft für die Zuführung zum Direktorfonds der Ausbildungsstätte dürfen die zusätzlich eingewilligten Lehrlinge entsprechend Tz. 1 dieser Richtlinie mit berücksichtigt werden.
15. Sofern die Notwendigkeit besteht, können die Hauptverwaltungen für die weitere 1,5prozentige Zuführung zum Direktorfonds der Ausbildungsstätte in bezug auf die Einhaltung der geplanten Kosten und Erlöse besondere Voraussetzungen zur Bedingung machen.
16. Der Lohnfonds der Ausbildungsstätte setzt sich aus den geplanten Lohnsumme für Lehrlinge und Lehrausbilder zusammen.

Zu § 9 der 1. Durchführungsbestimmung:

17. Die wirtschaftlich selbständigen Betriebsteile, die bei Erfüllung der aufgeschlüsselten Pläne Zuführungen zum Direktorfonds bis zur Höhe von 4 Prozent vornehmen dürfen, sind vom Ministerium in Übereinstimmung mit dem Ministerium der Finanzen den Hauptverwaltungen bereits bekanntgegeben worden.

Zu § 10 der 1. Durchführungsbestimmung:

18. Die zusätzlichen Kosten gemäß dem Ministerratsbeschluß vom 1. Juni 1956 (s. Tz. 1 dieser Richtlinie) sind eliminierungsfähig.
19. Als Erfüllung bzw. Übererfüllung der Selbstkosten der geplanten Warenproduktion gilt die Erfüllung, die sich entsprechend dem § 4 der 1. Durchführungsbestimmung in Verbindung mit der Tz. 7 dieser Richtlinie ergibt.
20. Die Zuführung zum Direktorfonds aus der Massenbedarfsgüterproduktion ist wie folgt zu errechnen:
Akumulation der Abt. Massenbedarfsgüter
. / . Anteil Direktorfonds
. / . Produktionsabgabe

Zuführung zum Direktorfonds

Sollten die Bestandsänderungen der Fertigungs erzeugnisse aus der Massenbedarfsgüterproduktion zu Betriebspreisen bewertet werden, so ist der entsprechende Gewinnanteil (+ bzw. -) zu berücksichtigen.

Es ist darauf zu achten, daß entsprechend dem Verursachungsprinzip in den Gesamtkostenskosten der Massenbedarfsgüter auch Betriebs- und andere Gemeinkosten sowie eventuelle Absatzkosten enthalten sind.

Zu § 14 der 1. Durchführungsbestimmung:

21. Die Zustimmung für Zahlungen aus dem Direktorfonds an die Prämienberechtigten nach Gruppe 1

der Prämienverordnung vom 17. Februar 1955 (GBI. I S. 135) ist durch die zuständige Hauptverwaltung erforderlich.

Zu § 9 der Verordnung vom 17. Februar 1955

22. Grundsätzlich sollen 60 Prozent sämtlicher Zuführungen zum Direktorfonds für Prämien verwendet werden. Überhänge aus Vorjahren sind im Planjahr gleichfalls in diesem Prozentsatz mit einzubeziehen. Haben Betriebe die Bedingungen für die Zuführung zum Direktorfonds bis zur Höhe von 4 Prozent nicht erfüllt und werden demzufolge dem Direktorfonds nur 1½ Prozent des geplanten Lohnfonds zugeführt, so ist in jedem Falle aus diesen 1½ Prozent die Finanzierung der kulturellen und sozialen Maßnahmen sowie des Wettbewerbs-, Erfindungs- und Vorschlagswesens sicherzustellen. Der Begrenzungssatz von 60 Prozent braucht dabei nicht berücksichtigt zu werden.

Haben Betriebe die Absicht, aus den Zuführungen zum Direktorfonds aus überplanmäßigem Gewinn bzw. Unterschreitung des geplanten Verlustes größere Investitionen usw. durchzuführen (z. B. Kauf eines Ferienheimes) und sind diese im Betriebskollektivvertrag festgehalten worden, so ist der Werkdirektor in Übereinstimmung mit der BGL bereitgestellt, diese Anschaffungen ohne Berücksichtigung des Begrenzungssatzes zu finanzieren. Dabei ist der § 14 Abs. 8 der 1. Durchführungsbestimmung zu berücksichtigen.

Zu § 16 der 1. Durchführungsbestimmung:

23. Tritt durch eine erhöhte Rückbuchung eine Überziehung des Direktorfonds ein, so ist ein Aktivkonto (Konto 269 Sonstige Forderungen) zu bilden. Der Betrieb hat dafür einen Tilgungsplan aufzustellen.
24. Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1956 in Kraft.

16. Preisrecht des Güternahverkehrs mit Kraftfahrzeugen

In der Schriftenreihe zum Karteibuch des Verkehrsrechts ist als Heft 3 das Preisrecht des Güternahverkehrs mit Kraftfahrzeugen im VEB Deutscher Zentralverlag Berlin erschienen. Dieses Werk enthält die gesetzlichen Bestimmungen und Erläuterungen hierzu. Das Ministerium für Verkehrswesen — HV Kraftverkehr — weist darauf hin, daß das Werk, das weder im Einvernehmen noch nach Abstimmung mit dem Ministerium für Verkehrswesen herausgegeben worden ist, in seinen Erläuterungen Widersprüche zu gesetzlichen Bestimmungen sowie falsche Begründungen und Auslegungen aufweist. Es ist daher nur bedingt anwendbar und hat lediglich als Zusammenfassung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften Bedeutung.

IV. Technik

17. Anweisung zur Durchführung des Genehmigungsverfahrens für Elektroenergie- und Wärmeanlagen nach der Anordnung vom 29. Mai 1956 über die Genehmigung zur Errichtung oder erheblichen Veränderung von Energieanlagen und sonstigen Bauten (GBI. I S. 511)

Zur Durchführung des Genehmigungsverfahrens nach der Anordnung vom 29. Mai 1956 über die Genehmigung zur Errichtung oder erheblichen Veränderung von Energieanlagen und sonstigen Bauten (GBI. I S. 511) wird für Elektroenergie- und Wärmeanlagen folgendes bestimmt:

I.

Genehmigungspflicht

1. Genehmigungspflichtig sind der Neubau und die Veränderung (einschließlich Stilllegung und Ver-

schrüttung) von Energieanlagen. Unter Energieanlagen fallen (von den Gasanlagen abgesehen):

- a) Stromerzeugungsanlagen, unabhängig von der Art des Energieträgers bzw. Antriebes (Wärme-, Wasser-, Windkraft-, Verbrennungsmotoren usw.).
 - b) Dampferzeugungsanlagen für Wärmeversorgung (feste, flüssige, gasförmige Brennstoffe),
 - c) Stromübertragungsanlagen, Verteilungs- und Verbrauchsanlagen (Leitungen und Umspannwerke, Verteilungsstationen, Stromverbrauchs anlagen),
 - d) Anlagen zur Fortleitung von Gebrauchswärme (Heizdampf-, Heiß- und Warmwasserleitungen).
2. Eine Genehmigung ist nicht erforderlich bei Stromübertragungs-, Verteilungs- und Verbrauchs anlagen zur Fortleitung von Gebrauchswärme, die ausschließlich der Versorgung des Betriebes dienen,

-- 59 --

sich auf betriebseigenem Gelände befinden und mit öffentlichen Anlagen nicht unmittelbar in Verbindung stehen. Genehmigungspflichtig sind danach z. B. die Übertragungsleitungen der Deutschen Reichsbahn, der Chemie- und Kohlenkombinate oder eine außerhalb des Betriebsgeländes zu verlegende Strom-, Dampf- und Warmwasserleitung, nicht dagegen die Fahrleitungen der Deutschen Reichsbahn, Gruben und sonstiger Industriebetriebe.

II.

Einreichung und Inhalt der Anträge

1. Vor Beginn der Projektierungsarbeiten ist rechtzeitig vom Rechts- bzw. Investitionsträger beim zuständigen VEB Energieversorgung ein formloser Antrag mit folgenden Unterlagen in zweifacher Ausfertigung einzureichen:
 - a) Vorplanungsunterlagen nach § 3 der Anordnung vom 30. Januar 1956 zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes ... (Sonderdruck des Gesetzesblattes Nr. 150);
 - b) Gutachten der Zentralstelle für Wärmewirtschaft nach § 3 Abs. 1 der Verordnung vom 16. April 1953 über die Errichtung einer Zentralstelle für Wärmewirtschaft (GBl. S. 578);
 - c) eine Erklärung über die Herkunft der aufzustellenden Anlage oder Aggregate (Fertigungsbetrieb, Verkäufer bzw. bisheriger Rechtsträger bei Umsetzung).
2. Bei Anträgen auf Stilllegung oder Verschrottung von Strom- und Dampferzeugungsanlagen sind erforderlich:
 - a) bei Stilllegungen:
 - aa) Angaben über Herkunft und genaue technische Daten bei nach 1945 errichteten Anlagen;
 - bb) Gutachten der Technischen Überwachung oder eines vereidigten Sachverständigen über den tatsächlichen Zustand;
 - cc) Zustimmung des übergeordneten Organs;
 - b) bei Verschrottungen:
Bei verschrottungsfreien Anlagen, die noch in Betrieb sind, ist die Freigabe des zuständigen Staatlichen Vermittlungskontors für Maschinen und Materialreserven beizufügen. Da die Freigabe erst erteilt wird, wenn die zur Verschrottung vorgesehenen Anlagen und Anlagenteile mindestens 3 Monate nach Ablaufung des Angebotes dem Vermittlungskontor zur Vermittlung zur Verfügung standen, ist die Freigabe entsprechend rechtzeitig einzuholen.

III.

Erteilung der Genehmigung

1. Die VEB Energieversorgung, Bezirksenergiedienststellen, werden ermächtigt, über Anträge für Anlagen bis zu einer Kapazität von 10 t/h bei Kesseln, 1000 kW bei Stromerzeugungsanlagen, 5000 kVA bei Stromverteilungs- und Verbrauchsanlagen und Betriebsspannung bis einschließlich 30 kV, zu entscheiden.
2. Über Anträge für größere Anlagen oder Anlagen mit einer Betriebsspannung über 30 kV entscheidet nach vorheriger Prüfung der Anträge durch den zuständigen VEB Energieversorgung die HV Elektroenergie, Hauptenergielinsektion.
3. Die Genehmigung verliert ihre Gültigkeit, wenn bis zum vorgesehenen Termin die Errichtung oder Veränderung nicht erfolgt.
4. In besonderen Fällen wird entsprechend § 1 Abs. 6 der Anordnung nur eine vorläufige Genehmigung erteilt und die endgültige Zustimmung von der Vorlage des Projektes abhängig gemacht.
5. Von der HV Elektroenergie werden Genehmigungen auf der Grundlage von Vorprojekten oder Projekten nur bei gleichzeitiger Vorlage eines Güte-

protokolls erteilt. Den Rechts- bzw. Investitionsträgern wird empfohlen, die Güteprüfung vom VEB Energieprojektierung vornehmen zu lassen und hierfür rechtzeitig einen Auftrag zu erteilen. Die Beibringung des Gütevermerks des VEB Energieprojektierung ist deshalb zweckmäßig, weil sonst damit gerechnet werden muß, daß bei Unklarheiten nach § 1 Abs. 6 der Anordnung die Auflage gegeben wird, die Güteprüfung der Vorprojekte oder Projekte vom VEB Energieprojektierung durchführen zu lassen.

6. Die Entscheidung über die Aufnahme von Energie-Investitionsvorhaben nach Abschn. I Ziff. 1,3 der Anordnung vom 31. März 1956 über die Vorbereitung und Durchführung des Energieprogramms (Sonderdruck des Gesetzesblattes Nr. 154) kann erst nach Erteilung der Genehmigung nach der Anordnung vom 29. Mai 1956 erfolgen.

IV.

Mit der Kontrolle über die Einhaltung der Anordnung werden die VEB Energieversorgung, Bezirksenergiedienststellen, beauftragt.

18. Einführung der Regeln der Technischen Betriebsführung für Kraftwerke und Netze in den Betrieben des Ministeriums für Kohle und Energie

Die unter Leitung der Hauptverwaltung Elektroenergie ausgearbeiteten und vom Institut für Energetik herausgegebenen Regeln der Technischen Betriebsführung für Kraftwerke und Netze stellen ein wesentliches Mittel zur Verbesserung des Betriebsablaufes in allen Anlagen zur Energieerzeugung- und -verteilung dar und helfen Störungen und Ausfälle zu vermeiden.

Nachdem sich die Regeln der Technischen Betriebsführung in den Betrieben der Hauptverwaltung Elektroenergie bewährt haben, werden sie hiermit für alle Betriebe des Ministeriums für Kohle und Energie, soweit diese Anlagen zur Erzeugung und Verteilung von Elektroenergie betreiben, verbindlich erklärt. Die Regeln treten jeweils 3 Monate nach Auslieferung durch das Institut für Energetik in Kraft.

19. Prüfung wärmetechnischer und elektrischer Meßgeräte

In Ergänzung der in V. u. M., MFS, Nr. 11 S. 143 veröffentlichten Mitteilung, gibt das Deutsche Amt für Maß und Gewicht folgendes bekannt:

1. Der VEB Zentrales Konstruktionsbüro der metallurgischen Industrie — Außenstelle Leipzig — HA Forschung und Wärmestelle, Abt. Technologische Entwicklung, Gruppe meßtechnisches Laboratorium, Leipzig C 1, Bosestraße 2, ist ermächtigt worden, nachstehend aufgeführte Betriebsmeßgeräte zu prüfen:
 1. Thermoelemente
 2. Meßinstrumente für Gleichstrom mit den Meßbereichswerten von:

45 mV	... 1000 V, Kl. 0,1—5
5 mV	... 1000 V, Kl. 1—5
50 µA	... 100 A, Kl. 0,1—5
5 µA	... 100 A, Kl. 1—5

einschließlich Vor- und Nebenwiderständen, ausschließlich Leistungsmessern,
 3. technische Kompressionsapparate
Typ 0145 des RFT Gerätewerk Karl-Marx-Stadt,
 4. technische Dekadenwiderstände
0,1—10 000 Ohm des RFT Gerätewerk Karl-Marx-Stadt,
 5. technische Meßbrücken in Wheatstone-Schaltung.
- Die Prüfung erfolgt nach den Prüfungsvorschriften des Deutschen Amtes für Maß und Gewicht.

2. Dem

VEB Zentrales Konstruktionsbüro
der metallurgischen Industrie
— Außenstelle Leipzig —

ist außerdem vom Deutschen Amt für Maß und Gewicht bestätigt worden, daß die von ihm unter den vom DAMG festgesetzten Bedingungen geprüften und gestempelten Meßinstrumente für Gleichstrom mit den Maßbereichswerten:

45 mV ... 1000 V, Kl. 0,1—0,5
50 μ A ... 100 A, Kl. 0,1—0,5

einschließlich Vor- und Nebenwiderständen,
ausschließlich Leistungsmessern
als beglaubigt im Sinne des § 2 der Anordnung

über die Kontrolle der Maße und Meßgeräte vom 13. Juli 1949 anerkannt werden und als Kontrollnormale angewendet werden dürfen.

Die Betriebe werden angehalten, von diesen Prüfmöglichkeiten Gebrauch zu machen und sich im Bedarfsfalle an das

Zentrale Konstruktionsbüro
der metallurgischen Industrie
— Außenstelle Leipzig —

zu wenden.

Gleichzeitig wird auf die gemäß Anordnung vom 13. Juli 1949 über die Kontrolle der Maße und Meßgeräte (ZVOBl. I, Seite 529) bestehende Pflichtpflicht für Betriebsmeßgeräte und Beglaubigungspflicht für Kontrollnormalgeräte hingewiesen.

V. Rechtsfragen und Allgemeines Vertragssystem

20. Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen dem VEB Kohleanlagen und den Braunkohlenwerken

Seit der Errichtung des VEB Kohleanlagen als Investitionsträger für die Braunkohlenindustrie hat sich in zunehmendem Maße gezeigt, daß die vertraglichen Vereinbarungen dieses Betriebes mit den teilweise anderen staatlichen Organen nachgeordneten Nachauftragnehmern nicht immer der allseitigen Sicherung der Planaufgaben der Braunkohlenindustrie gedient haben und insbesondere kämpferische Auseinandersetzungen mit den Kooperationspartnern zur termingeschreiten Durchführung von bergbautechnischen, maschinentechnischen und elektrotechnischen Maßnahmen vermieden ließen. Der Umstand, daß VEB Kohleanlagen vornehmlich Investitionsträger ist, ändert nichts an der Tatsache, daß die Investitionen für die Braunkohlenwerke zur Durchführung der Produktionspläne bestimmt sind. Deshalb ist erforderlich, daß der VEB Kohleanlagen mit den künftigen Rechtsträgern klare Vereinbarungen über die gegenseitigen Verpflichtungen trifft. Rechtsverhältnisse zwischen volkseigenen Betrieben können nicht auf der Verwaltungsebene geregelt werden, sondern allein durch das für die volkseigene Wirtschaft vorgeschriebene Vertragssystem. Bei der Gestaltung der Verträge ist den Besonderheiten Rechnung zu tragen, die sich aus der Stellung des VEB Kohleanlagen als Investitionsträger ergeben. So kann dieser Betrieb nur für eigene Verschulden verantwortlich sein. Er haftet nur im übrigen den Braunkohlenwerken gegenüber nur in dem Umfange, in dem seine Auftragnehmer ihm gegenüber materiell verantwortlich sind.

Die zwischen dem VEB Kohleanlagen und den Braunkohlenwerken zu schließenden Verträge müssen die Verpflichtung des Investitionsträgers zum Inhalt haben, den Vertragsgegenstand termin- und qualitätsgerecht zu übergeben. Die nicht rechzeitige und nicht qualitätsgerechte Bereitstellung ist unter Vertragsstrafe zu stellen. Als Verpflichtungen der Braunkohlenwerke sind in die Verträge aufzunehmen

- a) die Baufreiheit termingeschreit herzustellen und ununterbrochen zu gewähren und
- b) die bergmännischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Beginn und die reibungslose Durchführung des Probebetriebes zu schaffen, insbesondere für ausreichende Stromzuführung, ordnungsmäßige Beschaffenheit des Bodens und der Gleisanlagen sowie für den geregelten Abtransport des Fördergutes zu sorgen;
- c) Hilfskräfte und Unterkunftsräume im Rahmen des betrieblich Möglichen bereitzustellen.

Auch bei stationären Anlagen gelten diese Verpflichtungen entsprechend.

21. Verlängerung der Einsprachefrist für Gütekontrolle bei Steinkohlenlieferungen

Für die sich in Vorbereitung befindlichen neuen Lieferbedingungen für die Hauptzeugnisse der Kohlen-

industrie ist vorgesehen, bei Lieferungen von Steinkohle die Reklamationsfrist für Mängelrügen (§ 7 Abs. 1 des Mustervertrages) von 18 Tagen auf 21 Tage zu verlängern, da die den VEB Kohlehandel zur Verfügung stehende Frist von 3 Tagen nicht ausreicht, um die Gütekontrolle ordnungsgemäß und gewissenhaft zu bearbeiten.

Den Steinkohlenwerken und den VEB Kohlehandel wird empfohlen, schon jetzt diese verlängerte Reklamationsfrist vertraglich zu vereinbaren.

22. Anträge auf Verpflichtung zur Abnahme und Bezahlung sowie zur Lieferung

Das Staatliche Vertraggericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat über die Behandlung von Anträgen auf Verpflichtung zur Abnahme und Bezahlung sowie zur Lieferung u. a. folgendes festgestellt:

1. Das Staatliche Vertraggericht ist zuständig für Anträge, einen Partner zur Abnahme zu verpflichten.
2. Ein Antrag auf Feststellung der Abnahmepflicht ist nur zulässig, wenn der vereinbarte Termin bei Antragstellung noch nicht verstrichen ist und der Empfänger seine Absicht zur Abnahmeverweigerung unzweideutig kundgegeben hat. Läuft die Lieferfrist vor Beendigung des Verfahrens ab oder war sie bereits bei Antragstellung verstrichen, so muß der Feststellungsantrag auf einen Leistungsantrag umgestellt werden.
3. Verweigert der Besteller trotz der Verpflichtung zur Abnahme die notwendige Mitwirkungshandlung, so ist der Lieferer berechtigt, den Vertragsgegenstand bei sich oder einem Dritten einzulagern und Bezahlung zu fordern.
4. Einem Antrag des Bestellers, den Lieferer zur Aufbewahrung des Vertragsgegenstandes gegen eine angemessene Vergütung zu verpflichten, ist zu entsprechen, wenn die Forderung für den Lieferer zumutbar ist. Mit der Begründung des Verwahrungsverhältnisses ist die Abnahme vollzogen, der Besteller hat den Rechnungsbetrag innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu bezahlen.

Der Besteller kann mit dem Lieferer auch vereinbaren, daß die Abnahmeverpflichtung durch die kommissionsweise Übernahme des Vertragsgegenstandes durch den Lieferer ersetzt wird. Eine Verpflichtung des Lieferers zur kommissionsweisen Übernahme ohne seine Zustimmung ist nicht zulässig.

Bleibt der Lieferer im Besitz des Vertragsgegenstandes, so hat er alle den Verderb oder die Verschlechterung ausschließenden Maßnahmen durchzuführen. Die Kosten hierfür trägt der Besteller. Im übrigen gelten für die Verwahrung und die kommissionsweise Übernahme die allgemeinen zivilrechtlichen Bestimmungen (§§ 888 ff. BGB, §§ 383 ff. HGB).

- 61 -

5. Wenn die Umstände des Einzelfalles es erfordern, kann der Besteller, der durch Schiedspruch zur Abnahme verpflichtet wurde, durch geeignete Maßnahmen (Zwangsgeld gemäß § 23 Verfahrensordnung, Einschaltung des dem Besteller übergeordneten Organs) auch zur Erfüllung des Schiedspruches gezwungen werden.
6. Aus einem Sammelvertrag zwischen Organen des staatlichen Groß- und Einzelhandels kann ein Antrag auf Verpflichtung zur Abnahme und Bezahlung nicht hergeleitet werden.
7. Das Staatliche Vertragsgericht ist zuständig für Anträge, einen Partner zur Lieferung zu verpflichten. Derartige Anträge sind bis auf weiteres unverzüglich nach Eröffnung des Verfahrens dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung zu zuleiten.

23. Einige Fragen der Anwendung des Allgemeinen Vertragsystems

1. Sorgfältige Aufstellung und Koordinierung der Betriebspoläne.

Einige auf Vertragsabschluß gerichtete Schiedsverfahren zwischen Braunkohlenwerken und Energiebetrieben haben ihre Ursachen in den Diskrepanzen der staatlichen Aufgaben dieser Betriebe. So ist festgestellt worden, dass die im Plan eines Braunkohlenwerkes zur Lieferung an einen Energiebetrieb vorgesehene Menge Rohbraunkohle nicht mit der als Bedarf im Plan des Energiebetriebes ausgewiesenen Menge übereinstimmt. Solche Diskrepanzen sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß der vom Energiebetrieb dem Braunkohlenwerk angegebene Bedarf nicht sorgfältig genug ermittelt, Änderungen des Bedarfs nicht rechtzeitig dem Braunkohlenwerk mitgeteilt wurden und auch die Koordinierung zwischen HV Braunkohle und HV Elektroenergie zum Teil unsatisfaktionsfähig war.

Zur Vermeidung von Plandiskrepanzen ist daher eine exakte Bedarfsermittlung durch die Energiebetriebe und bis zum Abschluß der Planung eine Koordinierung zwischen den Betrieben und auch den Hauptverwaltungen erforderlich.

2. Kontingenztücklubungen.

Den Kontingenenträgern zurückgegebene Kontingente für feste Brennstoffe sind neu zu verteilen oder der Staatlichen Plankommission zu übergeben. Eine Reservehaltung ist nur im Rahmen der Anordnung vom 28. September 1956 über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung fester Brennstoffe im Jahr 1956 (GBI. II, S. 361) und der Anordnung vom 7. Januar 1956 zur Änderung der Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung fester Brennstoffe im Januar 1956 (GBI. II, S. 37) zulässig.

3. Die Aufnahme von Gütebestimmungen in die Verträge über die Lieferung fester Brennstoffe.

Nach den Bestimmungen des Allgemeinen Vertragsystems sind für die zu liefernden Erzeugnisse Qualitätsmerkmale in den Verträgen zu vereinbaren. Soweit noch keine generellen Qualitätsbestimmungen bestehen, hat ihre Festlegung im Einzelfalle zu erfolgen. Das gilt auch für feste Brennstoffe. In den bisher unter Einschaltung der Rechts- und Vertragschiedstelle geschlossenen Verträgen über Rohbraunkohle wurden die brennbaren (bzw. nicht brennbaren) Bestandteile im Monatsmittel, ein Tageswert für Asche und teilweise auch der Heizwert festgelegt. Die Überschreitung dieser Werte (mit Ausnahme des Heizwertes) ist unter Vertragsstrafe gestellt worden.

4. Materielle Verantwortlichkeit für die Minderabnahme von festen Brennstoffen.

Für die Minderabnahme von festen Brennstoffen ist der Abnehmer materiell verantwortlich. Die materielle Verantwortlichkeit entfällt u. a.

a) wenn die zurückgegebenen Kontingente neu verteilt oder von der Staatlichen Plankommission zurückgenommen werden;

- b) bei unabwendbaren Umständen. Unabwendbar sind z. B. Naturereignisse (Blitzschlag). Umstände des betrieblichen Geschehens (z. B. Maschinenschäden schlechthin) befreien nicht von der materiellen Verantwortlichkeit;
- c) bei echten Einsparungen. Echte Einsparungen liegen nur dann vor, wenn im Betrieb technisch begründete Brennstoffverbrauchsnormen bestehen und diese unterboten werden;
- d) wenn bei Bestehen von technisch begründeten Brennstoffverbrauchsnormen der Heizwert der gelieferten Kohle den im Vertrag als Richtwert vereinbarten Heizwert übersteigt.

24. Vertragsstrafe wegen Verzuges neben Vertragsstrafe wegen Qualitätsmängeln

Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat zur Geltendmachung einer Vertragsstrafe wegen Verzuges neben einer Vertragsstrafe wegen Qualitätsmängel u. a. festgestellt:

1. Wurde rechtzeitig geliefert, entgegengenommen, die Abnahme aber wegen erkannter Mängel verweigert, so ist, da nicht in Erfüllung des Vertrages geliefert und abgenommen wurde, nur die Vertragsstrafe geltend zu machen. Der Verzug ist mit der Nachlieferung beendet.
2. Wurde rechtzeitig geliefert, abgenommen, aber Anspruch auf Nachbesserung oder Nachlieferung erhoben, so ist nur die Qualitätsvertragsstrafe geltend zu machen. Für die Nachbesserung oder Nachlieferung soll eine Frist vereinbart werden. Bei Fristüberschreitung entsteht Anspruch auf Verzugsvertragsstrafe. Bei neuer mangelhafter Lieferung sind alle Gewährleistungsansprüche neu zu geben.
3. Wurde nicht rechtzeitig geliefert, abgenommen und Minderung oder Nachbesserung vereinbart, so sind beide Vertragsstrafen geltend zu machen.

25. Sonderregelung über die Zuständigkeit bei Verfahren vor dem Staatlichen Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung über die Bildung und Tätigkeit des Staatlichen Vertragsgerichtes in der Fassung vom 1. Juli 1953 (GBI. S. 858) mit Zustimmung der Minister und Leiter der in Ziffer 5 der nachstehenden Regelung genannten Organen u. a. folgendes bestimmt:

1. Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist ohne Rücksicht auf den Streitwert ausschließlich zuständig
 1. für Streitigkeiten zwischen den in Ziffer 5 genannten Organen;
 2. für Streitigkeiten zwischen Betrieben dieser Organe;
 3. für Streitigkeiten zwischen einem dieser Organe und einem Betrieb eines anderen dieser Organe;
 4. für Anträge auf Entscheidungen, die sich gegen eines dieser Organe oder einen Betrieb dieser Organe richten.

Die Bearbeitung und Entscheidung erfolgt unbeschadet des Streitgegenstandes in einer von dem Vorsitzenden des Staatlichen Vertragsgerichtes bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestimmten Schiedskommission.

2. ...
3. ...
4. ...

5. Die Organe, für die diese Regelung Anwendung findet, sind
 1. das Ministerium für Nationale Verteidigung,
 2. das Ministerium für Staatssicherheit,
 3. das Ministerium des Innern,
 4. das Amt für Technik,
 5. das Amt für Kernforschung und Kerntechnik.
6.

26. Behandlung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung

Das Staatsliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat im Einvernehmen mit dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft zu der Anordnung vom 1. August 1956 über die Zuordnung und Anleitung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung (GBI. I S. 657) folgendes festgestellt:

1. Betriebe mit staatlicher Beteiligung zählen vom 1. Januar 1957 zu den den volkseigenen Betrieben gleichgestellten Betrieben im Sinne des § 1 der Vertragsverordnung. Folgerungen hinsichtlich der steuerlichen Behandlung dieser Betriebe können aus der Gleichstellung nicht gezogen werden.
2. Betriebe mit staatlicher Beteiligung sind bereits vor dem 1. Januar 1957 wie gleichgestellte Betriebe zu behandeln, soweit Verträge für das Jahr 1956 nach dem Inkrafttreten der Anordnung geschlossen

wurden. Die Behandlung wie ein gleichgestellter Betrieb bezieht sich nur auf diese Verträge.

3. Soweit Verträge für das Jahr 1957 vor dem Inkrafttreten der Anordnung geschlossen wurden, unterliegen sie hinsichtlich der Erfüllung den Prinzipien des für die sozialistische Wirtschaft gültigen Vertragssystems (vgl. Ziffer 1).

4. Da die Verträge, die für das Jahr 1956 nach dem Inkrafttreten der Anordnung geschlossen wurden, den Prinzipien des für die sozialistische Wirtschaft gültigen Vertragssystems unterliegen und die Betriebe mit staatlicher Beteiligung insoweit wie gleichgestellte Betriebe zu behandeln sind, sind entsprechend dem Sinn der Anordnung diese Prinzipien auch auf Verträge anzuwenden, die nach dem Inkrafttreten der Anordnung für das Jahr 1957 geschlossen wurden. Diese Auslegung des § 8, die sich aus dem Wortlaut nicht herleiten läßt, wurde von dem Staatssekretariat für Örtliche Wirtschaft gegeben.

5. Soweit die Betriebe mit staatlicher Beteiligung zu den den volkseigenen Betrieben gleichgestellten Betrieben zählen oder nach den vorstehend genannten Richtlinien wie gleichgestellte Betriebe zu behandeln sind, ist für das Vertragsverhältnis „Betrieb mit staatlicher Beteiligung als Besteller — privater Industriebetrieb als Lieferer“ das Staatsliche Vertragsgericht zuständig (§ 7 Abs. 1 der VO vom 22. Dezember 1955, GBI. 1956 I, S. 7).

VI. Gewerblicher Rechtsschutz

27. Verfügung über die Dokumentation auf dem Gebiet des Patent-, Muster- und Zeichenwesens

Vom 6. August 1956

Auf Grund der Ziff. 2 Buchst. a des Beschlusses Nr. 34/7 des Präsidiums des Ministerates vom 17. Mai 1956 über die Dokumentation auf dem Gebiet des Patent-, Muster- und Zeichenwesens wird folgendes verfügt:

I.
Bis zum 31. Dezember 1959 sind Teilsammlungen von Patentliteratur anzulegen in:

1. der Forschungs- und Entwicklungsstelle der Steinkohlenindustrie, Sitz: VEB Steinkohlenwerk „Martin Hoop“, Zwickau,
2. der Revierleitung Halle (VVB der Kohlenindustrie), Mansfeld,
3. dem VEB Aufbauleitung Kombinat „Schwarze Pumpe“,
4. dem VEB Projektierungs- und Konstruktionsbüro „Kohle“, Berlin-Weißensee,
5. dem VEB Projektierungs-, Konstruktions- und Montagebüro „Kohleverarbeitung“, Leipzig,
6. dem VEF Kombinat „Otto Grotewohl“, Böhmen,
7. dem VEB Kombinat Espenhain,
8. dem VEB Hydrierwerk Zeitz,
9. dem Institut für Energetik, Halle.

- II.
1. Die Leiter der Hauptverwaltungen haben unverzüglich die Patentklassen zu bestimmen, in denen die Patentliteratur von den in Ziff. I genannten Betrieben und Institutionen für den Bereich der Betriebe ihrer Hauptverwaltungen vollständig zu

sammeln und laufend zu ergänzen ist und die Sammlungen ordnungsmäßig zu führen sind.

2. Der Abteilung Forschung und Entwicklung des Ministeriums sind unverzüglich nach der Festlegung gem. Abs. 1 von den Hauptverwaltungen die Patentklassen mitzuteilen, für die in den in Ziff. I genannten Betrieben und Institutionen Teilsammlungen von Patentliteratur angelegt werden.

III.

Die Betriebe haben, ungeachtet der Anlegung der Teilsammlungen von Patentliteratur nach Ziff. I, die für ihre unmittelbare Arbeit erforderliche Patentliteratur in den Büros für Erfindungswesen zu sammeln.

IV.

In den Finanzplänen der in Ziff. I genannten Betriebe und Institutionen sind die finanziellen Mittel vorzusehen, die zum Anlegen der Sammlungen einschließlich des dazugehörigen Materials sowie zur laufenden Ergänzung und zur ordnungsgemäßen Führung der Sammlung dienen.

28. Warenzeichenblatt des Berner Büros (Les Marques Internationales)

Mit Rücksicht auf die Wiederverwendung des Madrider Markenabkommens durch die Deutsche Demokratische Republik übersendet das Berner Büro dem Amt für Erfindungs- und Patentwesen der Deutschen Demokratischen Republik monatlich eine Anzahl Exemplare des Warenzeichenblattes „Les Marques Internationales“. Die Hefte Nr. 1 bis 6 des Jahrganges 1956 des Warenzeichenblattes, die einen Überblick über international registrierte Warenzeichen vermitteln, liegen zur Einsichtnahme in der Rechts- und Vertragsschiedsstelle aus.

VII. Berufsausbildung

29. Richtlinie über die Delegierung zum Studium am Industrie-Institut der Bergakademie Freiberg und den Einsatz der Absolventen dieses Institutes im Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie

Vom 5. Juli 1956

Die bisherigen Erfahrungen bei den Delegierungen zum Studium am Industrie-Institut der Bergakademie Freiberg haben gezeigt, daß die vom Staatssekretariat für Hochschulwesen erlassene Anordnung vom 12. August 1954 über die Industrie-Institute an den Universitäten und Hochschulen (ZBl. S. 429) nicht in vollem Umfang von den Betrieben, Hauptverwaltungen und nach-

geordneten zentralen Organen und Dienststellen beachtet wurde.

Zur Verbesserung der Kaderauswahl, der Lenkung und des Einsatzes von Absolventen des Industrie-Institutes der Bergakademie Freiberg wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Berg- und Hüttenwesen bestimmt:

I.

Auswahl der Kader

(1) Die Auswahl der Kader erfolgt entsprechend der Anordnung vom 12. August 1954 über die Industrie-Institute an den Universitäten und Hochschulen (ZBl. S. 429), unter besonderer Beachtung des § 9 der Anordnung:

„Voraussetzung für das Studium an den Industrie-Instituten sind vorbildliche Leistungen in der praktischen Tätigkeit im Betrieb. Die Studenten der Industrie-Institute sind aus dem Reihen der Aktivisten, Neuerer, Rationalisatoren auszuwählen, die bereits als Werkleiter oder in mittleren leitenden Funktionen (Abteilungsleiter) im Betrieb tätig sind.

Die Bewerber müssen ihre unbedingte Treue zur Arbeiterklasse beweisen haben. Als Vorbildung ist der Abschluß einer achtjährigen Grundschulbildung nachzuweisen.“

(2) Neben diesem Personenkreis können Mitarbeiter der Hauptabteilungen und Hauptverwaltungen der Ministerien, Funktionäre des FDGB, der Industriegewerkschaft und der Partei zum Studium delegiert werden, soweit die genannten Voraussetzungen vorliegen.

(3) Die Delegierung erfolgt durch den Leiter des Betriebes in enger Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Organisationen und nach Zustimmung durch den zuständigen Hauptverwaltungsleiter. Die erforderlichen Delegierungsunterlagen sind dem Hauptverwaltungsleiter bis zum 15. Mai eines jeden Jahres für das nächste Studienjahr zur Bestätigung einzureichen. Die Vorschläge für die Delegierung zum Studium am Industrie-Institut der Bergakademie Freiberg ab September 1957 sind bis zum 10. September 1956 einzureichen.

(4) Zum Studium sollen vorwiegend solche Kader delegiert werden, deren Alter 40 bis 50 Jahre beträgt; das Mindestalter soll in der Regel nicht unter 35 Jahren liegen. Aus den Delegierungsanträgen muß die Perspektive des Einsatzes nach Beendigung des zweijährigen Studiums ersichtlich sein.

(5) Die Hauptverwaltungen überprüfen, ob die eingereichten Vorschläge den kaderpolitischen Merkmalen und den Bedingungen für die Aufnahme des Studiums entsprechen. Jeder Vorschlag ist mit der schriftlichen Zustimmung des zuständigen Hauptverwaltungsleiters zu versehen.

(6) Bis zum 25. Mai eines jeden Jahres müssen alle Delegierungsanträge aus dem Bereich der jeweiligen Hauptverwaltung bei der Zentralen Kaderabteilung vorliegen. Die Hauptverwaltungsleiter sind dafür verantwortlich, daß die Prinzipien der Auswahl und Delegierung streng beachtet werden.

(7) Die Zentrale Kaderabteilung hat dafür zu sorgen, daß die Delegierungsanträge bis zum 15. Juni eines jeden Jahres der Leitung des Industrie-Institutes zur abschließenden Prüfung zugeleitet werden. Sie hat ferner zu gewährleisten, daß dem Industrie-Institut soviel Vorschläge zugehen, daß bei Nichtaufnahme des Studiums aus irgendwelchen Gründen durch bereits zugelassene Bewerber der Lehrgang mit voller Teilnehmerzahl begonnen werden kann.

(8) Für die Delegierung zum Studium ab September 1957 sind die Vorschläge bis zum 20. September 1956 der Leitung des Industrie-Institutes an der Bergakademie Freiberg zustellen.

(9) In der Zeit vom 1. bis 15. Juli eines jeden Jahres tritt die Auswahlkommission des Industrie-Institutes, der außer den ständigen Mitgliedern des Institutes je ein Vertreter der Zentralen Kaderabteilung des Ministeriums und des Zentralvorstandes der IG Metallurgie und der IG Bergbau angehören, zur Beschußfassung zusammen.

(10) Das Ergebnis der Tagung der Auswahlkommission des Industrie-Institutes ist in einem Protokoll festzuhalten und den Hauptverwaltungen und den delegierenden Betrieben spätestens eine Woche nach der Tagung der Auswahlkommission bekanntzugeben.

(11) Nach erfolgter Bestätigung der Delegierung durch die Auswahlkommission bedarf eine Zurückstellung oder ein Rücktritt vom Studium aus dienstlichen oder persönlichen Gründen in jedem Falle der Genehmigung des zuständigen Stellvertreters des Ministers.

II.

Vorstudium und Betreuung der zum Industrie-Institut delegierten Wirtschaftsfunktionäre

(1) Zur individuellen Vorbereitung auf das Studium sind die von der Auswahlkommission bestätigten Wirtschaftsfunktionäre verpflichtet, an einem vom Industrie-Institut zu organisierenden einjährigen Vorstudium teilzunehmen, das der Aneignung der erforderlichen Grundkenntnisse, insbesondere auf dem Gebiet der Mathematik und Physik, dient.

(2) Das Vorstudium erfolgt auf der Grundlage eines vom Industrie-Institut herausgegebenen Leitfadens.

(3) Die Werkleiter sind verpflichtet, zur Unterstützung der aus ihrem Betrieb delegierten Kader einen Funktionär der Werkleitung zu benennen, der für die Anleitung und Kontrolle des ordnungsgemäßen Vorstudiums verantwortlich zeichnet.

(4) Für die Durchführung des Vorstudiums sind die betrieblichen Bildungseinrichtungen (technische Betriebs- oder Abendschule, technisches Kabinett) in Anspruch zu nehmen oder Lehrkräfte aus den Fach-, Berufs- oder allgemeinbildenden Schulen als Paten zu gewinnen.

(5) Die Delegierten sind ohne grundsätzliche Freistellung von der Arbeit zeitlich so zu entlasten, daß die Durchführung ihrer Vorstudiums gesichert ist.

(6) Für die Vorstellung der Bewerber bei der Tagung der Auswahlkommission und für die Teilnahme an den angesetzten Konsultationen am Industrie-Institut ist die erforderliche Freistellung zu gewähren. Die entstehenden Fahrtkosten sind vom delegierenden Betrieb zu tragen.

III.

Zusammenarbeit des Ministeriums mit dem Industrie-Institut während des Studiums

(1) Um eine ständige Verbindung zwischen dem Ministerium für Kohle und Energie, der Leitung des Industrie-Institutes und den Studenten zu gewährleisten, werden die Leiter der jeweiligen Hauptverwaltungen verpflichtet, mindestens einmal während eines jeden Semesters Aussprachen mit den aus ihrem Bereich zum Studium delegierten Wirtschaftsfunktionären und der Leitung des Industrie-Institutes durchzuführen.

(2) Die Aussprachen sollen dem Zweck dienen, die Studenten mit den Hauptaufgaben des Industriezweiges, mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen. Gleichzeitig soll den Studenten die Möglichkeit gegeben werden, ihre persönlichen Belange dem Vertreter des Ministeriums unmittelbar vorzutragen. Die Aussprache des Hauptverwaltungsleiters mit der Leitung des Industrie-Institutes soll zur Verbesserung der Studienarbeit und der Zusammenarbeit mit dem Ministerium beitragen.

(3) Die Zentrale Abteilung Arbeit ist dafür verantwortlich, daß vom vierten Semester an Lektionen und Vorträge gehalten werden, die das Ziel haben müssen, den Studenten vor ihrem Einsatz einen möglichst umfassenden Überblick über den Stand der Arbeit des Ministeriums und des jeweiligen Industriezweiges zu vermitteln. Diese Lektions- und Vortragsreihe hat sich darüber hinaus die Aufgabe zu stellen, den Studenten die in der Perspektive zu lösenden SchwerpunktAufgaben auf den Gebieten der Technik, der Organisation der Produktion sowie der Planung und der Finanzen zu erläutern. Als Lektoren sind leitende Funktionäre des Ministeriums einzusetzen.

IV.

Einsatz der Absolventen des Industrie-Institutes

(1) Der Einsatz der am Industrie-Institut ausgebildeten Wirtschaftskader und Staatsfunktionäre muß auf der Grundlage der festgelegten Perspektive der volkswirtschaftlichen Schwerpunkte im Bereich der betreffenden Hauptverwaltung und entsprechend den Studienleistungen sowie den Prüfungsergebnissen erfolgen.

(2) Zu diesem Zweck haben die Leiter der zuständigen Hauptverwaltungen oder ein von ihnen verantwortlich benannter Stellvertreter bis zum 1. Februar eines jeden Jahres im Beisein des Leiters der Zentralen Abteilung Kader und des Leiters der Zentralen Abteilung Arbeit eine Beratung über die in ihrem Bereich in Frage kommenden Einsatzmöglichkeiten durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Beratung sind in einem Protokoll festzuhalten, welches die Grundlage für die in der Zeit vom 15. Februar bis 25. Februar eines jeden Jahres am Industrie-Institut von den Leitern der zuständigen Hauptverwaltungen oder einem von ihnen verantwortlich benannten Stellvertreter im Beisein des Leiters der Zentralen Abteilung Kader durchzuführenden Orientierungsgespräche bildet.

(3) Die Orientierungsgespräche sollen das Ziel verfolgen, die Absolventen mit den Einsatzmöglichkeiten vertraut zu machen, ihre persönlichen Wünsche und Vorstellungen zu ermitteln und die Perspektive auf Grund

ihrer während des Studiums genommenen Entwicklung festzulegen. Die Aussprachen sind unter Hinzuziehung der vom Studiendirektor des Industrie-Institutes an der Bergakademie Freiberg aufgestellten Einzeleinschätzungen und Einsatzvorschläge zu führen.

(4) Für den Einsatz der Absolventen des Industrie-Institutes sind die zuständigen Hauptverwaltungsleiter verantwortlich.

(5) Die endgültige Einsatzvermittlung erfolgt in der Zeit vom 15. bis 30. April eines jeden Jahres durch eine Kommission, deren folgende Personen angehören müssen:

- Der Leiter der zuständigen Hauptverwaltung als Vorsitzender der Kommission,
- der Kaderleiter der jeweiligen Hauptverwaltung,
- ein Mitarbeiter der Zentralen Abteilung Kader und
- ein Vertreter des Zentralvorstandes der IG Bergbau.

(6) Die besten Absolventen des Industrie-Institutes sind in die Kaderreserve der jeweiligen Hauptabteilung bzw. Hauptverwaltung des Ministeriums für Kohle und Energie aufzunehmen. Für die weitere Entwicklung dieser Wirtschafts- und Staatsfunktionäre sind von den zuständigen Hauptabteilungs- und Hauptverwaltungsleitern leitende Funktionäre ihres Bereiches als Paten verantwortlich einzusetzen.

VIII. Archivwesen

30. Betriebsarchivordnung für die Betriebe

Zum Zwecke der Einführung einer einheitlichen Betriebsarchivordnung wird nachstehendes Muster der Betriebsarchivordnung bekanntgemacht:

Muster Betriebsarchivordnung¹⁾

I.

Aufgaben des Betriebsarchivars

(1) Das Betriebsarchiv — als Gedächtnis des Betriebes — hat die Aufgabe, Quellenmaterial aufzunehmen und zu verwahren, das im laufenden Geschäftsverkehr nicht mehr benötigt wird, jedoch von bleibendem Wert ist oder bestimmten längeren Aufbewahrungsaufträgen unterliegt. Die Sammlung und Auswertung politisch, wirtschaftlich und kulturell wertvoller Dokumente soll dazu beitragen, jederzeit einen Überblick über die Betriebsentwicklung zu gewährleisten.

(2) Für die sachgemäße Verwaltung des Betriebsarchivs ist der Betriebsarchivar verantwortlich. Er ist dem Werkdirektor unmittelbar unterstellt. Der Betriebsarchivar erhält seine Arbeitsanleitung durch die zuständigen Sachgebiete und Referate für Archivwesen bei den Räten der Kreise und Bezirke.

(3) Der Betriebsarchivar hat die Bestände des Archivs den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend sorgfältig zu ordnen und zu registrieren. Ihm obliegt insbesondere die Entscheidung darüber, ob Akten und sonstige Dienstunterlagen archivwürdig sind.

(4) In das Betriebsarchiv sind aufzunehmen

- alle wichtigen Unterlagen, sowie sämtliche Dokumente des Geschäftsverkehrs aus der Zeit vor der Übernahme des Betriebes in Volkseigentum,
- alle wichtigen Schriftstücke und Akten, die nach der Übernahme des Betriebes in Volkseigentum oder seit der Neugründung des Betriebes entstanden sind,
- alle Geschäftspapiere, die nach § 44 HGB 10 Jahre aufzubewahren sind. Nach Ablauf der gesetzlichen Frist muß eine Sichtung dieser Bestände vorgenommen werden, um die Aussondierung des kassationsreifen Schriftwechsels vorzunehmen.

d) Über die gesetzlich vorgeschriebene Frist sind alle Unterlagen aufzubewahren, die für den Betrieb, für die Volkswirtschaft, Verwaltung, Politik und darüber hinaus für das gesamte deutsche Volk von großer Bedeutung sind.

II.

Abgabe von Akten an das Betriebsarchiv

(1) Kein Betriebsangehöriger ist berechtigt, für den laufenden Geschäftsverkehr nicht mehr benötigte Akten oder sonstige Unterlagen eigenmächtig zu vernichten. Der Betriebsarchivar ist verpflichtet, die Betriebsangehörigen regelmäßig entsprechend zu belehren.

(2) Mit der Verwaltung des Archivs ist gleichzeitig die Sammlung und Aufbewahrung von Akten und Unterlagen der Alt-Registraturs verbunden. Die Ablage dienstlicher Unterlagen erfolgt in den einzelnen Abteilungsregistrierten entsprechend den betrieblichen Erfordernissen auf der Grundlage des Aktenplanes. Die Abteilungsleiter haben für die Registrierung und Sicherung sowie den ordnungsmäßigen Zustand des Schriftgutes bis zum jeweiligen Abgabetermin an das Betriebsarchiv zu sorgen.

(3) Vor Abgabe der ordnungsmäßig geschlossenen nicht mehr benötigten Aktenstücke und Unterlagen hat die abgebende Abteilung ein Ablieferungsverzeichnis in zweifacher Ausfertigung (Vordruck-Leitverlag Erfurt, Bestell-Nr.: Archiv 1) aufzustellen und mit den Akten dem Betriebsarchivar zu übergeben. Eine Ausfertigung des Verzeichnisses erhält die abgebende Abteilung, nachdem die Archivzugangsnummern eingetragen worden sind, mit einer Empfangsbestätigung zurück. Die zweite Ausfertigung verbleibt beim Betriebsarchivar.

(4) Sämtliche Akten und sonstigen Unterlagen müssen von der abgebenden Abteilung in einem sauberen lagerfähigen Zustand, geheftet und verpackt, sowie mit der Abteilungsbezeichnung, dem zeitlichen Umfang und einer Inhaltsangabe versehen sein. Akten oder sonstige Unterlagen, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, sind vom Betriebsarchivar zurückzuweisen.

III.

Ordnung und Kennzeichnung der Akten und sonstigen Unterlagen

(1) Die Ordnung der Akten im Betriebsarchiv erfolgt nach dem Provenienzprinzip (Herkunftsprinzip).

— 68 —

Dabei ist der Strukturplan oder Aktenplan des Betriebes zugrunde zu legen.

(2) Findbücher, die in größeren hauptamtlich verwalteten Archiven in Kartusform anzulegen sind, müssen ein Verzeichnis sämtlicher im Archiv dauernd aufzubewahrer Akten enthalten, und stets auf dem neuesten Stand gehalten werden. Die Eintragungen sind nach folgenden Gesichtspunkten vorzunehmen:

- a) Archiv-Signatur
- b) Aktentitel
- c) Band
- d) zeitlicher Umfang
- e) Bemerkungen

(3) Findbücher sind erst anzulegen, wenn ein in sich abgeschlossener Aktenband vorliegt, Zugänge für diesen Bestand nicht mehr zu erwarten sind und Kassierungen durchgeführt wurden.

(4) Für die Erfassung und Auswertung der Aktenbände früherer kapitalistischer Unternehmen, Gesellschaften usw. ist die einheitliche Systematik für die Energiewirtschaft anzuwenden.

IV.

Vernichtung von Archivgut

(1) Der Betriebsarchivar hat nach Anhören der infrage kommenden Abteilungen darüber zu entscheiden, welches Material dem Betriebsarchiv nicht zuzuführen ist und nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist ausgesondert und nach Vorlage des genehmigten Kassierungsantrages der Rohstoffversorgung zugeführt werden kann.

(2) Wer Archivgut vernichtet, beiseite schafft, beschädigt oder sich rechtswidrig aneignet, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder einer dieser Strafen bestraft. Ist die Tat fahrlässig begangen, so ist die Strafe Gefängnis bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bis zu 3000,— DM.

[§ 5 Abs. 1 und 3 der Verordnung vom 13. Juli 1950 über das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 661).]

V.

Benutzung des Betriebsarchivs

Die Benutzung des Archivs wird durch eine Benutzungsordnung geregelt.

VI.

Schlussbestimmungen

(1) Diese Archivordnung ist für den gesamten Bezirksbetrieb verbindlich.

(2) Änderungen der Archivordnung bedürfen der Zustimmung des Werkdirektors.

1) Für das Archivwesen gelten folgende gesetzliche Bestimmungen:

1. Anweisung vom 27. April 1950 zur Errichtung von Betriebsarchiven (Min. Bl. S. 44)
2. Verordnung vom 13. Juli 1950 über das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 661)

3. Erste Anordnung vom 13. Juli 1950 zur Durchführung der Verordnung über das Archivwesen in der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. S. 556)

4. Bekanntmachung vom 30. Dezember 1951 des Beschlusses über die Behandlung des Archivwesens in den volkseigenen Betrieben insbesondere über die Aufbewahrung von Zeichnungen (ZBl. 1952 S. 4)

- Ferner sind zu beachten:
- a) § 44 HGB
 - b) §§ 126, 128 der Verordnung vom 29. September 1955 über die Buchführung und die buchhalterische Berichterstattung der volkseigenen Industriebetriebe (GBl. I. S. 713).

IX. Sonstiges

32. Ferienaufenthalte im In- und Ausland

Auf folgende Erholungsmöglichkeiten wird hingewiesen:

1. In den Intelligenzerholungsheimen Kühlungsborn und Heiligendamm/Ostsee sind auch in den Herbst-

31. Muster einer vorläufigen Benutzungs-Ordnung für Betriebsarchive

§ 1

Das Betriebsarchiv steht nur dem Betriebsarchivar und den vom Werkdirektor namentlich benannten Betriebsangehörigen zur Benutzung offen.

§ 2

Jeder Betriebsangehörige, der Akten aus dem Betriebsarchiv benötigt, hat diese schriftlich anzufordern. Die Anforderung bedarf der Unterschrift des Abteilungsleiters, bei besonders wichtigen Akten der Genehmigung des Werkdirektors. Ohne Genehmigung darf der Betriebsarchivar kein Aktenstück herausgeben. Zweck und voraussichtliche Dauer der Entnahme ist zu verzeichnen.

§ 3

Der Betriebsarchivar hat die Aus- und Rückgabe von Akten in einem Ausleihbuch zu vermerken. Dabei ist anzugeben:

- | | |
|-----------------------------------------------|-------------------------------------|
| 1. Tag der Ausgabe | 4. Bez. d. aktenanfordernden Stelle |
| 2. Archiv-Akten-Nr. | 5. Tag der Rückgabe |
| 3. Titel der Akte
(Bezeichnung d. Inhalts) | 6. Quittung d. Empfängers |

§ 4

Zur Einsichtnahme in Akten im Betriebsarchiv bedarf es der schriftlichen Genehmigung des Werkdirektors.

§ 5

Das Benutzen des Betriebsarchivs durch betriebsfremde Personen bedarf der schriftlichen Genehmigung des Werkdirektors. In Zweifelsfällen entscheidet die zuständige HV.

§ 6

Der Benutzer verpflichtet sich schriftlich, die von ihm gewünschten Akten nur zu dem von ihm genannten Zweck zu benutzen, diese nicht mißbräuchlich zu verwenden, die Akten sorgfältig zu behandeln und sie nach Einsichtnahme unverzüglich in geordnetem Zustande zurückzugeben.

§ 7

Die Mitnahme von Akten aus dem Betriebsgebäude bedarf der Zustimmung des Werkdirektors. Von wichtigen Vorgängen dürfen nur Abschriften herausgegeben werden. In Zweifelsfällen entscheidet die zuständige HV.

§ 8

Soll der ausgewertete Inhalt der Akten in Form von Büchern, Broschüren oder Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen, so ist vor der Veröffentlichung das Manuskript dem Werkdirektor vorzulegen. Ein Exemplar ist dem Betriebsarchiv zu überlassen.

§ 9

Die Öffnungszeiten des Betriebsarchivs sind den Betriebsangehörigen durch Aushang bekanntzugeben. Außerhalb dieser festgesetzten Zeiten werden Akten nur in dringenden Fällen ausgeliehen.

§ 10

Änderungen dieser Benutzungsordnung bedürfen der Genehmigung des Werkdirektors.

monaten gute Erholungsmöglichkeiten bei individueller Betreuung gegeben. Schöne Laubwaldungen bieten außerdem Gelegenheit zu Spaziergängen. Das in diesem Jahr neu eröffnete Erholungsheim Schloß Stein in Hartenstein Osterzgebirge kann in den Herbst- und Wintermonaten zu günstigen Voll-

- 98 -

pensionspreisen (bis 10,— DM) noch Gäste aufnehmen. Hartenstein liegt etwa 450 m ü. M. und hat neben einer Sprungchanze auch ein Einstadion.
2. In der Zeit vom 18. Dezember 1956 bis 11. Januar 1957 ist eine Winterreise (40 Teilnehmer) nach Zakopane/Polnische Tatra mit Aufenthalt in den Städten Warschau und Krakow vorgesehen. Teilnehmerpreis einschl. Taschengeld etwa 1400,— DM.

Über Weihnachten und Neujahr ist eine 10-Tage-Reise mit einzigem Aufenthalt in Prag und Tatraška lomnicka/Hohe Tatra/CSR geplant. Teilnehmerpreis einschl. Taschengeld etwa 750,— DM.

Die Leiter der Betriebe und sonstigen Institutionen werden gebeten, ihre Mitarbeiter auf diese Möglichkeiten hinzuweisen. Interessenten richten ihre Anmeldungen möglichst bald an das Ministerium für Kohle und Energie, ZA für Arbeit, Feriendienst.

22. Buchempfehlung

Beim Druckschriftenvertrieb der Kammer der Technik, Berlin W 8, Clara-Zetkin-Straße 111, ist die Broschüre

„Wie verwirklichen die Werkstätten den technisch-organisatorischen Fortschritt in ihrem Betrieb“, 2. Auflage, zum Preise von 2,— DM erhältlich. Allen Betrieben wird, soweit sie nicht schon im Besitz der 1. Auflage sind, die 2. überarbeitete und durch ein 7 Seiten umfassendes „Organisationsbeispiel zur Analyse des Produktionsflusses“ vervollständigte Auflage empfohlen.

34. Anschriftensänderung

Es wird darauf hingewiesen, daß die Anschrift der Technischen Bergbauinspektion der Republik jetzt wie folgt lautet:

Technische Bergbauinspektion der Republik,
Berlin N 4,
Schumannstraße 5

Ministerium für Kohle und Energie
Geschütz
Minister

JETZT NOCH LIEFERBAR

Volkswirtschaftsplan 1957

Schlüsselliste 1957

für Produktion, Materialversorgung und Außenhandel

Herausgegeben von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik bei der Staatlichen Plankommission

Format DIN A 5 · 294 Seiten · Losblatt im Streifband 2,10 DM

Nummernschlüssel 1957

Warennummer/Planpositionennummer (Ausgabe August 1956)

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat

Format DIN A 5 · 112 Seiten · Broschiert 1,50 DM

Bestellungen bitten wir nur beim Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Postfach 91, aufzugeben



VEB DEUTSCHER ZENTRALVERLAG · BERLIN